

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werthätigen Volkes.

Abohumentpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage "Neue Welt" inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzettel-Nr. 4158) vierjährlich 1.80 M., für 2 Monate 1.20 M., für 1 Monat 60 Pf. zzgl. Versandgeld.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schenck.

Inserate werden die gespaltene Zeitung oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pfennige. — Schülerlager Tax nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszelt 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Leipzig, 8. Mai.

Die Stellung der Leipziger Sozialdemokratie zum neuen sächsischen Landtagswahlgesetz ist festgelegt, und wir wiederholen, was wir vor Monatsfrist schrieben, jede Erweiterung dieser Frage hat für uns nur akademisches Interesse.

Von diesem Gesichtswinkel aus allein sei der Aussatz: Die Sozialdemokratie und das neue Landtagswahlsystem in Sachsen betrachtet, den Eduard Bernstein in London, der weisland Redakteur des Bützher Sozialdemokraten, im letzten Heft der Neuen Zeit veröffentlicht hat.

Wenn es Heldenmut ist, einen verlorenen Posten mit Zähigkeit und gemütsvollem Eifer zu verteidigen, so ist Bernstein heroisch. Seine Erfahrungen in Sachen des preußischen Dreiklassenwahlrechts, die in der Resolution des Kölner Parteitags vom Jahre 1892 ihren Gipfel erreicht haben, schrecken ihn nicht ab, für den neuen Fall seine alte Lehre wieder aufzustellen, allerdings auch mit demselben Erfolg.

Der Londoner Mitarbeiter der Neuen Zeit ist dabei freilich in thattäglichen Irrtümern besangen, die nur den in Erstaunen setzen, der die Wirkung der Entfernung zu niedrig einschätzt.

Bernstein entdeckt zwischen dem preußischen und dem sächsischen Dreiklassenwahlrecht, diesen weitestgehenden Einrichtungen, erhebliche Unterschiede, die ihm die Zukunft für uns in Sachsen ziemlich rosig erscheinen lassen. Nur eine recht lückenhafte Kenntnis der Entstehung, der Absichten und des Wesens der Meissischen "Reform" konnte diesen sächsischen Trugschluss erzeugen. Wenn der Essayist der Neuen Zeit das sächsische Landtagswahlgesetz vom 4. April 1896 genauer kennte, wenn er sich das Urteil der Regierung, der Freunde der Vorlage und der sozialdemokratischen Abgeordneten, wenn er sich den ganzen Bau des Gesetzes vor Augen führte, dann müsste er Eines wissen: die Aussichtlosigkeit einer Wahlbeteiligung der arbeitenden Klasse ist gesetzlich festgelegt, die vollkommene Machtlosigkeit der dritten Urwählerabteilung ist kodifiziert.

Ob preußisch gebraten oder sächsisch gesotten, wen kümmert das? Der Effekt bleibt derselbe.

Und aber durch ein Wunder wird das Gesetz der Urzüglichkeit aufgehoben, und die gleichen Ursachen haben andere Wirkungen, wenn statt des gekrönten Adlers mit roter Zunge die zwei Löwen mit dem Rautenranze das Landeswappen schmücken. Ist die dritte Klasse mehr- und willenlos, so sind auch die Aussichten für deren Wahl-

männerwahlen im größten Teile Sachsen's gleich Null. Bernstein aber, indem er seinen in Wohl schon grundhäßlich gekennzeichneten Kompromißgedanken wieder aufnimmt, überseht, daß es in Sachsen, der klassischen Heimat des deutschen Kapitalismus, überhaupt nur noch zwei politische Gruppen bleibt und geben kann, Ordnungskartell und Sozialdemokratie. Es genügt, diesen Thatbestand zu konstatieren, und eine principielle Kritik des Vorschlags von Kompromissen mit bürgerlichen Parteien erübrigkt sich schon deshalb.

Wie Freund Bernstein aber den deutschen und insbesondere den sächsischen Verhältnissen gerecht geworden ist, welch letztere er ja überhaupt aus eigener Anschauung niemals länger hat erforschen können, das zeigen seine nachträglichen Vorschläge zur Agitationswaffe gegen die jetzt Gesetz gewordene Vorlage.

Bernstein urteilt und gibt Massnahmen wie ein Engländer, der englisches Recht, englische Zustände, englische Freiheit, englische Entwicklung bei uns voraussetzt, anstatt der Kleinlichkeit und der Enge des deutschen Polizeistaates in sächsischer Prachtausgabe.

Dem der die Verhältnisse kennt, der in den Dingen steht und lebt, ist kein Zweifel darüber, daß es für uns jetzt eine baare Unmöglichkeit ist, im Reiche des stehenden Heeres, der Repetiergewehre und Kruppkanonen die "Manifestations"-politik der englischen Chartisten, der britischen Reformkämpfer mit ihren erfolgreichen "Ausschreitungen", oder der Frei zu treiben. Man erinnere sich an die lehrreichen Worte unseres Engels in der Einleitung zu den Klassenkämpfen in Frankreich.

Wer freilich die Polizeiabschreit und den preußisch-deutschen Militärstaat nur aus der Vogelperspektive betrachtet, der täuscht sich nur zu leicht in der Abmessung der Großenverhältnisse.

In Leipzig ist wahrlich jedes mögliche Mittel der Agitation und Organisation gegen die Wahlrechtsverkürzung erschöpft worden, und Leipzigs Arbeiterschaft wird durch die That beweisen, daß sie auch unter der neuen Lage dem energischen, folgerichtigen Kampf für das allgemeine Wahlrecht zu führen weiß. Beispiele belehren.

Sehr wenig informiert aber ist Bernstein über Geschäftsordnung und Geschäftsvergang im sächsischen Landtag, wenn er von den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten etwa die Taktik der frischen Parlamentsmitglieder in den achtziger Jahren erwartete, Obstruktionssreden statt von einem und von zwei Stunden von sechs-, acht-, zwölfständiger Dauer!

Das ging und geht nicht, zu geschweigen dessen, daß die

sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten nicht das keltische Temperament eines Healy, Tanner, Biggar haben.

Kein Erfolg ist unter dem heutigen System möglich. Darüber diskutiert heute in Deutschland niemand mehr. Und in Sachsen wird die "imposante" Wahlsenthaltung so wenig den Fortschritt der Partei hindern wie in Preußen. Im Gegenteil!

Die Arbeiterschaft wird eben nicht mitmachen, weil sie nicht leerer Stroh drischt.

So möge unser wertgeschätzter Freund und Waffenbruder Bernstein uns nur die "Klassenpolitik" treiben lassen, wie wir sie verstehen. Wir wissen, was sie bedeutet, und in Kämpfenden, die Beteiligten allein haben die endgültige Entscheidung.

Was aber lehrt uns der Bernsteinsche Aussatz?

Daher den Revolutionären in der Emigration, in der Fremde, in der wahllos ehrvollen Verbannung der sichere Blick für die Zustände in der alten Heimat getüftelt wird. Denn losgerissen von der mütterlichen Erde, in einen anderen Boden verpflanzt, beeinflußt von der neuen Umgebung sehen sie die Erscheinungen nur zu leicht wie die einem Hohlspiegel. Jedemfalls aber legen sie oft, entzückt der steten Verkehr mit dem sozialen und politischen Mittel des Vaterlandes, einen unrichtigen Maßstab an die Ereignisse, die Thatsachen, die Entwicklungsdistanzen.

Dieses ist ein Gesetz der geistigen Strahlenbrechung, dem sich völlig niemand entzieht, worunter zu stehen keiner zum Vorwurf gereicht.

Politische Übersicht.

Über den Ausgang der letzten französischen Gemeinderatswahlen schreibt uns unser Pariser #. Korrespondent vom 6. Mai: Der Ausfall der Gemeinderatswahlen hat die Hoffnungen der linksstehenden Parteien und die Befürchtungen der Ordnungspartei vollauf gerechtfertigt. Das allgemeine Wahlrecht hat sich unzweideutig gegen den Senat und dessen Ministerium ausgesprochen. Wie sehr und in welchem Sinne die Wählermasse durch die letzten politischen Ereignisse aufgerüttelt wurde, das zeigte sich an der überaus starken Wahlbeteiligung und an den großen Erfolgen der Radikalen und namentlich der Sozialisten.

In Paris haben die Sozialisten aller Richtungen in der Hauptwahl 19 Mandate erobert (anstatt der bisherigen 18), weitere 15 Mandate werden ihnen die Stichwahlen einbringen. Die bisherige sozialistische und radikale Mehrheit wird um einige Mitglieder verstärkt in das Stadthaus wieder einrücken. Bedeutend ist auch der Stimmenzuwachs der Sozialisten. Sie erhielten am 3. Mai erheblich mehr Stimmen als sogar

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

Die von Hohenstein.

Roman von Friedrich Spielhagen.

Viertes Kapitel.

Eine Viertelstunde später waren die auf Rheinfelden zum Besuch Unwesenden in dem "großen Saal" des zweiten Stocks, wo die Mittagstafel gedeckt war, versammelt.

Der große Saal war ein prachtvoller Raum, der sich einzahne durch die ganze Tiefe des Schlosses erstreckte, denn die gewaltige, reich vergoldete Eingangstür führte auf die Galerie des Flurs, und durch die beiden hohen Fensterhüften auf der anderen Schmalseite trat man auf den großen, beiderseitigen Balkon, der, von vier Säulen getragen, über dem Park hing. An den Längsseiten gelangte man durch zwei Thüren in die anderen Räume. Von der hohen

Stuckdecke hingen drei ungeheure Kronleuchter von böhmischen Kristall. Große Ölgemälde bedekten die Wände, auf den Säulen der beiden Kamine standen kostbare Vasen und andere Gefäße von Meißener und Sèvres-Porzellan.

Denn auch der gebildete Geschmack der Zeitzeit an dieser Exzellenz aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts ließ auszusehen haben mochte; wenn die Schildereien auch ziemlich roh und die dargestellten Scenen fast durchweg höchst bedenklicher Natur, dazu die breiten, vergoldeten Rahmen, ebenso wie die Damastüberzüge der Möbel verlossen und von den Wirtmern, arg mitgenommen waren;

so machte das Ganze doch einen bedeutenden Eindruck, dem sich niemand so leicht entziehen konnte.

Das war an den Physiognomien der Anwesenden klar genug zu erkennen. Der Alp, der schon den ganzen Vormittag auf den Gemütern aller gelegen hatte, schien in dieser Umgebung noch schwerer zu drücken. Sie sprachen wenig, und das Wenige nur in scheinem Flüsterton. Weise gingen sie über den parfümierten Fußboden, oder standen an den Wänden still und starnten auf die nackten Göttter und Göttinnen und die dicken, chinesischen Pagoden, als ob sie alles heute zum erstenmal sähen. Nur Camilla zeigte ein gespanntes Gesicht, und wer die junge Dame genauer beobachtet hätte, wie sie jetzt, die eine Hand auf die hohe Lehne eines Stuhles stützend, dastand und die verstörten Armesündermienen der anderen musterte, würde in ihren braunen Augen triumphierendes Lächeln bemerket haben. Sie hatte gegen niemand, selbst gegen die übrigen nicht, die sonderbare Scene mit dem Großenkel erwähnt.

Excellenz Großenkel ließ lange auf sich warten. Der Präsident näherte sich dem Bruder und sagte, auf die Uhr sehend:

Bereits drei; es wird spät werden. Du gehst doch auch heute abend noch nach der Stadt zurück?

Ich und die Jungen auf jeden Fall, brummte der Obrist; man muß ja in dieser verdammten Welt, wo alle Augenblitze Generalmarsch geschlagen wird, auf dem Posten sein. Ob Selma bleiben will, weiß ich nicht, glaub's aber kaum; sie ist schauderhaft verstimmt.

Das sind wir wohl alle mehr oder weniger, flüsterte der Präsident; ich für mein Teil liebe diese Visiten auch nicht. Nyropos! Bist du! Gestern ist Arthur bei mir gewesen; ich habe mich natürlich verlängern lassen.

Bei mir auch, sagte der Obrist erstaunt; ich war nicht zu Hause. Was kann das zu bedeuten haben?

Der Präsident zuckte die Achseln. Vielleicht Wahlangelegenheiten. Arthur ist ja jetzt im konstitutionellen Verein der große Mann. Ich habe schon im stillen bereut, daß ich ihn abgewiesen habe. Vielleicht wäre es in Anbetracht der Verhältnisse doch geraten, wieder mit ihm anzuknüpfen. Man kann nicht wissen —

Natürlich, hörte der Obrist, immer das Mantelchen nach dem Winde gedreht! Glaubst Du denn, daß der tolle Schwindel Bestand hat?

Nein; aber man könnte ihn ja nachher wieder fallen lassen.

Thu', was Du willst! sagte der Obrist grob; ich will mit dem Lump nichts zu thun haben. — Da kommt der Alte.

Die hohe Fülligkeit wurde aufgestoßen, und herein trat, rechts auf den Bedienten, links auf Frau Brigitte gestützt, die alte Excellenz in voller Uniform, mit der die weißen Filzstiefel an den Füßen einen lächerlichen Kontrast bildeten.

So schlürfte er durch die Gesellschaft, die ihm mit Begegnungen und Glückwünschen entgegnetrat, nach rechts und links mit dem Kopfe nickend, ohne sich aufzuhalten, hindurch.

Ah, bon jour, bon jour! Freut mich, die lieben Verwandten bei mir zu sehen. Seht Euch, wo Ihr Plätze findet; die kleine Hexe da kann bei mir sitzen!

Camilla, die auf diesen Befehl schon gewarnt hatte, eilte herzu und half dem Alten in den Lehnsstuhl hinein, um dann mit bescheiden gesenkten Wimpern an seiner Seite Platz zu nehmen. Dem General gegenüber hinter der Suppenterrine saß Brigitte, die anderen rangierten sich, wie es kam, um den Tisch.

bei den Kammerwahlen vom August 1893. — Insgesamt wurden in der Hauptstadt 351500 Stimmen abgegeben. Dovon entfielen auf die Sozialisten 166650 Stimmen (47 Proz.), auf die Radikalen, darunter sozialistische Radikale, 91450 (26 Proz.), auf die Bourgeoisrepublikaner 49100 (14 Proz.), auf die Reaktionäre aller Schattierungen: Monarchisten, Klerikalen und Antisemiten, 44350 (13 Proz.). Die Sozialisten und Radikalen haben also zusammen 73 Proz. der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Die Antisemiten haben eine selbst für ein erstmaliges Auftreten lästige Schluppe erlitten. Hervorzuheben ist noch der Erfolg der sozialistischen Kandidaten, Faillat und Berthaut, die, wie seiner Zeit gemeldet, aus der allemandischen Organisation ausgetreten sind und ihre Mandate niedergelegt haben. Beide siegten im ersten Wahlgang mit 4618 bzw. 5730 Stimmen über die allemandischen Gegenkandidaten, die bloß 273 bzw. 454 Stimmen erhielten, trotzdem gegen Faillat Jean Allende selber kandidierte. Die Niederlage der Allemanden wird von allen anderen sozialistischen Richtungen mit Genugthuung aufgenommen, weil diese Fraktion von einem einträchtigen Zusammengehen mit der sozialistischen Partei nichts wissen will.

In der Provinz ist das Vorbringen der Sozialisten und Radikalen noch ausgeprägter als in der Hauptstadt. Nach den bisher vorliegenden Meldungen wurden 47 sozialistische Gemeinderäte und 31 sozialistisch radikale bzw. sozialistische und radikale Mehrheiten gewählt. Diese Resultate beziehen sich meist auf bedeutende Städte und Industrievorte. Dazu kommen die mehr als 1200 Wahlsiege in kleineren, ländlichen und halbländlichen Gemeinden der südlichen Departements, wo die vom Toulouser sozialistischen Blatte: "Désirée empfohlene gemeinsame Liste der Sozialisten und Radikalen mit dem Wahlprogramm: Verfassungsrevision, progressive Einkommenssteuer und Säuberung des Beamtenpersonals von opportunistisch-reaktionären Elementen, glänzend durchdrang. Im Norden hat die Sozialdemokratie ihre Positionen gegen den verzweifelten Ansturm des opportunistisch-monarchisch-klerikalen Ordnungsbreiches und gegen den behördlichen Hochdruck glänzend behauptet und eine erhebliche Zahl neuer Sitze erobert. Ich erwähne namentlich den von der Sozialdemokratie neugewonnenen Gemeinderat von Calais. Neben dem Gewinn an Gemeinderäten und Mandaten ist im ganzen Lande, wie in der Hauptstadt, ein Stimmenzuwachs der sozialistischen Partei zu konstatieren, und das selbst im Vergleich mit den letzten Kammerwahlen.

In einer Reihe großer Städte sind unsere Genossen mit Aussicht auf Erfolg an den Stichwahlen beteiligt, so namentlich in Lyon, wo seine einzige Wahl zu stande kam, Troyes, Dijon, Limoges, Toulouse, Saint-Etienne, Elbeuf, Havre u. a. m.

In Havre, der Stadt des Präsidenten Faure, stehen die Opportunisten in einer aussichtslosen Stichwahl. Das ist für Herrn Faure und seine Partei eine besonders empfindliche Schluppe. Von den zahlreichen Niederlagen der Ordnungspartei sind noch hervorzuheben die ihrer bekanntesten parlamentarischen Wortführer: Charnier (Abgeordneter und Redakteur des "Dobats"), Minister Turel, Jules Roche, Desquesnes u. a. m.

Die Stichwahlen des 10. Mai werden zweifelsohne die Niederlage der Ordnungspartei vervollständigen.

Deutsches Reich.

Parlamentsbrief.

B. Berlin, 7. Mai. An dem Beginn der heutigen Debatten hätte Scheffel, der feuchtfröhliche Dichter, seine Freude gehabt. Es handelt sich um die ersten Paragraphen des Gesetzes gegen den unlauteren Weißwettbewerb, und es lagen mehrere Anträge vor, die darauf hinzuholen, die Bier- und Weinläden zu schützen. Weinelschen schwirren durch den Raum und eins derselben mag dem Herrn von Salisch den tiefstümigen Ausdruck inspiriert

Das Mahl auf Macbeths Königsburg kann nicht viel trübseliger gewesen sein, als dieses hier auf Schloss Hohenstein. Statt des einen ehrlichen Banquo-Geistes huschten weiß wie viele Gespenster in der Gesellschaft herum, vergrüsteten das Brot und den Wein, verdüsterten die Herzen und die Stirnen, lähmten die Zungen und fälschten die Rede, also daß es sogar unbegreiflich schien, wie mit Ver-Bernunft begabte Wesen sich freiwillig einer solchen Dual aussehen könnten.

Der Alte war heute furchterlicher als je; grob gegen die Männer, cynisch gegen die Frauen, voller Hohn gegen die ganze Sippe, Ramilla selbst nicht ausgenommen, obgleich er dieser jungen Dame von Zeit zu Zeit in die Wangen kniff und sie „kleine hübsche Hexe“ nannte. Er führte beinahe allein das Wort, ergähzte aus seinen Kriegszügen lange ausführliche Geschichten von Plünderung und anderen Greueln, deren bloße Erwähnung in einer Gesellschaft, in welcher Damen anwesend sind, jeder Gebildete gern vermeidet; kam dann auf die Zeit nach dem Kriege zu sprechen, wo er mit dem vom Vater ererbten Vermögen und reichen Beutegeldern Rheinfelden und die umliegenden Güter kaufte, zu derselben Zeit, als sein Bruder, der Vater der Geschwister Hohenstein, Oberpräsident der Provinz wurde. Und nun kam aus der Familiengeschichte das Kapitel, das jeder der Anwesenden bereits auswendig wußte, so oft hatte es der Alte mit stets neuem Entzücken erzählt, das Kapitel von dem immer wachsenden Reichtum des Generals und der allmäßlichen Verarmung des Oberpräsidenten.

Und woher kam das, Nichte Selma? Will's Ihnen erzählen. Weil mein armer Teufel von Bruder ein ungeheuer hochadeliges, hochnäsiges Fräulein geheiratet hatte, das keinen roten Heller im Vermögen, dafür aber — können Sie sich denken, Nichte Klohlilde, daß es wirklich solche Menschen gibt? — ein eminentes Talent besaß, das Geld unter die Leute zu bringen, und das ebenso bedenklich, ihre Familie aus sich selbst zu rettun, alle Jahr im Herbst eine neue Aushebung! Wie viel waret Ihr doch in allem, Philipp?

Acht, flüsterte der Präsident.

Und jetzt drei; und ich alter Regel stehe noch immer da und werde auch wohl noch höchstlich einen oder den anderen neben mir umpurzeln sehen. Aber woher kommt das? Weil ich mit die Frauenvimmer vom Leibe gehalten habe, zum wenigsten nicht so dummi gewesen bin, eine zu nehmen, die ich nicht wieder wegschicken konnte, wenn sie mir unbedeckt wurde.

(Fortsetzung folgt.)

haben: „Die Güte eines Weines hängt nicht von der Größe der Flasche ab, sondern von seiner Qualität.“ Unsere Genossen störten die rodensteinernden Herren nur wenig. Später änderte sich die Situation. Die §§ 9 und 10 rückten schweren Schritte heran, die den Handelsangestellten, der vielleicht aus jugendlichem Leichtsinn, vielleicht aus Not ein Geschäftsgeheimnis preisgibt, mit schwerer Kerkerstrafe belegen lassen. Trotz des energischen Einwurkes des Genossen Singer wurde dieses Gesetz mit den beiden Paragraphen in dritter Lesung angenommen. Es wird den Handelsangestellten jetzt höchstlich ganz klar werden, wenn zur Seite sie unbekirt von allem Standes- und Bildungsdruck zu kämpfen haben. Auch über die Nonkonformisten hatte die Mehrheit des Hauses schon den Stab gebrochen. Um so drohlicher wirkte es, als heute in der dritten Lesung das onkret terrible der Rechten, Abg. Sachse, vorsprang und freischaffend die sächsischen Konsumvereine attackierte, von deren Ladentischen sich eine wütige Agitation ins Land drängte. Gen. Wurm nagelte das zapplende Herrchen auf die Reue fest. Zum Schlussh wurde der Abgabentarif des Nord-Ostsee-Kanals in zweiter Lesung beraten. Gen. Wolfenbüttel markierte noch einmal seinen Standpunkt in dieser Frage, indem er bat, man möge die kleinen Schiffe, die schon ohnedies gegen die großen im Nachteil wären, nicht noch mit höheren Gebühren beladen. Herr Hahn versuchte die Frage chauvinistisch darzustellen, als ob Dänen und Holländer den deutschen Kleinstschiffen ruinierten. Das prophetische Wort Heines behält Recht: „Es giebt in Europa keine Nationen mehr, sondern nur Parteien.“

* Berlin, 8. Mai. Die Tagesordnung des Reichstags ist nach den Beschlüssen des Seniorenlakonvents von Donnerstag vormittag wie folgt geordnet. Am diesem Freitag ist Schwerinstag, am Sonnabend fällt zu Gunsten der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch die Plenarsitzung aus. Montag nächster Woche beginnt die zweite Beratung der Bürkerteuernovelle, für die die Zeit bis Mittwoch in Aussicht genommen ist. Donnerstag ist Himmelfahrtstag. Am Freitag soll in dritter Beratung die Gewerbenovelle und das Vorbergesetz erledigt werden. Am Dienstag oder Mittwoch vor Pfingsten will man in die Ferien gehen und am Dienstag den 2. Juni wieder zusammenzutreffen zur dritten Beratung des Margarinegesetzes und der Bürkerteuernovelle, an die sich vielleicht noch die zweite Lesung der Justiznovelle anschließen würde. Während dessen soll die Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch die zweite Lesung in der Kommission zum Abschluß bringen, so daß vor Ende Juni die Vertragung bis zum Herbst eintreten könnte. Die Regierung möchte am liebsten keine Vertragung eintreten lassen, wünscht vielmehr noch in der gegenwärtigen Tagung das Bürgerliche Gesetzbuch verabschiedet zu sehen. Über die Vertreter aller Parteien waren einstimmig darin, daß diese wichtige Materie nicht vor leeren Bänken durchgefeiert werden dürfe. —

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am Donnerstag beim Entwurf des Gesetzes, enthaltend Änderungen des Gesetzes über die Friedenspräzedenzstärke des deutschen Heeres vom 8. August 1893, die Zustimmung erteilt. Die Umformung der vierten Battalion wird also mit Hochdruck betrieben. Bruder Steuerzahler mag sich die Groschen nur auch beizeiten zurechlegen — herauszurücken muß er damit!

Die Nachricht der Frankfurter Zeitung, daß nach einer ihr zugegangenen Mitteilung Erhebungen über eine neue Braunktweinsteuernovelle zu dem Zwecke eingeleitet seien, um die im Süden Deutschlands vorherrschende Materialbrennerei zu Gunsten der landwirtschaftlichen Brennereien zu benachteiligen, wird von der Regierung bestimmt. Die Nordd. Abg. Btg. sagt, es bestünde bei den Bundesregierungen weder die Absicht einer Änderung der Braunktweinsteuergesetzgebung, noch würden zum Zwecke ihrer Vorbereitung Erhebungen veranlaßt. Soweit zwischen den einzelnen Instanzen der Steuerverwaltung Erörterungen über die Behandlung einzelner Materien im Gebiete der Braunktweinsteuer geplanten würden, handele es sich ausschließlich um den Erlass endgültiger und allgemein gültiger Ausführungsbestimmungen zu den bestehenden Braunktweinsteuergesetzen, zu denen solche vom Bundesrat zum Teil nur vorläufig erlassen worden waren, um zunächst praktische Erfahrungen zu sammeln. Eine Veränderung der Lage der Materialbrennereien im Verhältnis zu der durch die gegenwärtig geltende Gesetzgebung geschaffenen steht daher völlig außer Frage. —

Das preußische Abgeordnetenhaus hat gestern mit gewohnter Arbeiterfreundlichkeit die Resolution der Kommission für Arbeitersatzlaf betr. den Achtuhrschluß der Fabrikgeschäfte abgelehnt. —

Von den Abg. v. Tschoppe und Fehr. v. Bedlich ist folgende Interpellation im preußischen Abgeordnetenhaus eingebrochen: „Was gedenkt die königliche Staatsregierung zu thun, um nach der Ablehnung des Lehrerbesoldungsgesetzes durch das Herrenhaus den geplanten Ausbau des Alterszulageystems zu Gunsten der Lehrer sobald als möglich herbeizuführen und die Mühlstände zu beseitigen, die sich aus dem Mangel einer gesetzlichen Neuregelung der Lehrerbezüchter ergeben?“ Um liebsten doch natürlich gar nichts — das könnten sich die Herren auch ohne Interpellation sagen. Exzellenz Bosse wird ihnen sagen, daß die Angelegenheit weiter „in Erwägung gezogen“ werden wird. Er wird übrigens Balsam für seine schmerzliche Wunde bekommen, denn die Vorstände des großen, die Gesamtmonarchie umfassenden Lehrervereins werden dieser Tage zusammenkommen, um eine Kundgebung in die Wege zu leiten, durch die dem Kultusminister der Dank der preußischen Lehrerschaft wegen seines Eintretens für die Schule ausgedrückt werden soll. Man weiß wirklich nicht, ob man da lachen oder weinen soll! —

Der preußische Landtag wird, wie die Nationallib. Korr. meldet, voraussichtlich am 20. oder 21. Mai geschlossen werden. Doch steht seine Wiedereinberufung zu einer Spät-herbstsitzung, etwa Mitte November, in Aussicht, da in diesem Zeitpunkt neben dem Eisenbahngarantiegesetz eine Vorlage wegen der Hessischen Ludwigsbahn der dringlichen Erledigung nötig werden wird.

In Essen a. d. Ruhr, also in Herrn Krupps Reich, hat in einer Sitzung der Ortsgruppe des Allgemeinen deutschen Verbandes der Kapitäne-Lieutenant a. D. Wehr über unsere Flotte, ihre Ziele und Aufgaben gesprochen und dabei die merkwürdige Enthüllung gemacht, daß der größte Teil unserer liebigen Kriegsschiffe für den Ernstfall nicht zu verwenden ist. Herr Wehr wird sich ja jedenfalls wegen dieser Neuheiten mit unseren Marinebehörden noch auseinanderzusetzen haben — höchstlich öffentlich — denn sie können den Vorwurf der Pflichtvergessenheit, der mindestens indirekt in den Worten des Kapitäne-Lieutenants liegt, nicht so auf sich sitzen lassen; immerhin aber thut man gut, sich die Umstände vor Augen zu halten, unter denen diese Worte gesprochen sind:

nämlich im Allgemeinen deutschen Verein, der für ungemeine Ausbreitung des Kolonialreichs schwärmt und gar schon Sammlungen für unsere Marine eingeleitet hat, und noch dazu in Essen, wo der Mann seinen Sitz hat, dem am meisten an einer weiteren Vergrößerung der Marine gelegen sein kann. Also nur Ruhe — im Interesse des Steuerzahlers! Die Frankfurter Zeitung weist darauf hin, daß die Anweisung des preußischen Staatsministeriums an die Beamten sämtlicher Reichs-, sich nicht an Agitationen zu beteiligen, die gegen die Durchführung der Regierungspolitik gerichtet sind, möglicherweise im Zusammenhang steht mit den Flottenorganisationsplänen, die ernstlich näher rücken. — Im übrigen bringt die Regierung ihre Beamten in nicht geringe Verlegenheit, indem sie die Agitation gegen die Regierungspolitik verbietet, denn sie gibt ihnen die harte Kuh zu kneten: was ist die Politik der Regierung? Selbst die Nationalzeitung sagt dazu: „Vor acht Tagen konnte ein Beamter, der das Verbot des Getreide-Terminalhandels bekämpfte, auf Grund der amtlichen Erklärungen der Regierung glauben, die Politik derselben zu vertreten. Heute würde er bei dem nämlichen Verhalten sich in der Gefahr befinden, sich an „Agitation gegen die Durchführung der Regierungspolitik“ zu beteiligen“. Freilich, wenn ein Beamter einmal durch die Schule nationalliberaler Prinzipienfestigkeit gelaufen ist, wird er auch solche Schwierigkeiten spielend überwinden. Ein Trost!

In Cuxhaven ist, wie das Verl. Tageblatt mitteilt, die Verwaltung der ersten Bürgermeisterschaft an Stelle des vom Amt suspendierten Bürgermeisters Noll dem Regierungsassessor Schwintz übertragen worden. Die Untersuchung gegen Herrn Noll führt im Auftrage des Regierungspräsidenten v. Tiedemann in Bromberg Regierungsassessor Wagner, der bereits mit den Zeugenvernehmungen begonnen hat. Oberpräsident Freiherr v. Wilamowitz-Moellendorff habe dem Kaiser gestern über den Vorfall Vortrag gehalten.

Österreich-Ungarn.

Zum Bürgermeister-Kompromiß.

Wien, 7. Mai. Die Blätter aller Parteien beschäftigen sich mit der Zukunft Wiens nach dem von uns bereits charakterisierten Ablauf der Bürgermeisterwahl. Was wird aus diesem rührigen Kompromiß der Regierung mit der kleinbürgerlichen Scheinopposition herauspringen? Wahrscheinlich wird so ziemlich alles beim alten bleiben, und wie Herr Rueger einmal mutig zurückgewichen ist, so wird er es noch öfter thun: nur der Anfang ist schwer. Mit Recht bemerkt die Arbeiterzeitung, unser Wienerisches Vorderblatt: „Die Wahl des Herrn Stroba legt es fünfziglich dar, daß Herr Dr. Rueger zurückgewichen ist in dem Augenblick, wo der Kampf ernsthaft werden sollte, daß all die ehernen Nebensarten, womit die Antisemiten ihre Feindseligkeit beteuerten, zerstoben wie Blasen, als daß erste Blitzen erst beginnen sollte. Wir wollen Herrn Stroba wahrschau nicht verlieren; daß aber deswegen der Gemeinderat zweimal aufgelöst werden mußte, die Autonomie der Stadt beinahe ein Jahr unterbrochen war, damit er Bürgermeister werde, erscheint am hellen Tage denn doch zu komisch. Entweder war der Kampf für Herrn Dr. Rueger mehr als eine Personensache, dann durfte er nicht preisgegeben werden, bevor er ausgeschlossen war; oder es ist nur eine Personalauslegung, ob Herr Dr. Rueger Bürgermeister oder Vizebürgermeister ist, dann war es eine Freiheit, deshalb einen solchen Spektakel zu machen.“ Nun, die Antisemiten sitzen jetzt im Sattel, wartet man ab, ob sie reiten können. Nach den Ereignissen der letzten Zeit wird man freilich nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß auch in der Verwaltung der Stadt Wien „fortgewisst“ wird.

Schweiz.

-1. Basel, 5. Mai. Die am Sonntag im Kanton Solothurn vorgenommenen Wahlen für den Grossen Rat ergaben folgendes Resultat: 87 Freisinnige, 84 Konservative und 7 Sozialdemokraten. Die Arbeiterpartei hat bei dieser Wahl fünf Mandate verloren, eine Folge des ungünstig verlaufenen Uhrarbeiterstreiks im Oberberg im vorherigen Jahre. Die Wahlen in den Rat fanden zum erstenmal nach dem proportionalen Wahlsystem statt.

Frankreich.

Friedmanns Auslieferung.

Wie das Verl. Tageblatt aus Bordeaux meldet, hat der Generalstaatsanwalt in Bordeaux Weisung erhalten, die Auslieferung Dr. Friedmanns an die deutschen Behörden zu veranlassen. Der Anwalt Friedmann, Laine, hat darauf in Paris um Aufschluß ersucht und den Justizminister um eine Audienz gebeten. Anscheinend ist infolgedessen die Auslieferung noch aufgeschoben worden.

Italien.

Kardinal Galimberti †.

Rom, 7. Mai. Heute mittag 1 Uhr starb der Kardinal Luigi Galimberti, der bis zum Jahre 1893 päpstlicher Nuntius in Wien war. Galimberti war im Bataillon zu Rom der Führer der dreibundfreundlichen Partei, die im Gegenseite zu der französischen und russenfreundlichen Haltung des gegenwärtigen Papstes und seines Kardinalstaatssekretärs Rampolla zu den Mächten des Dreibunds sich freundlich stellt und insbesondere eine Versöhnung mit Italien anstrebt.

Schweden.

Stockholm, 6. Mai. Die Erste Kammer lehnte heute mit 102 gegen 26 Stimmen den Wahlreformgesetzentwurf der Regierung ab, der damit für die Verhandlungen des jetzigen Reichstags abgethan ist.

Nordamerika.

Washington, 7. Mai. Der Senator Sherman hat die Ansicht geäußert, daß Mac Kinley einstimmig als Kandidat für die Präsidentschaft aufgestellt werden würde und daß seine Wahl gesichert sei. Mac Kinley ist ein wütender Schuhzöller, ein Mann, der die Monroe-Doktrin Amerika für die Amerikaner auf wirtschaftspolitischem Gebiete durchzuführen bestrebt ist.

Zweiter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

G. Berlin, den 7. Mai 1896.

Die Beratung des Antrags der Redaktionskommission, die die Aufgaben der Generalkommission festgesetzt hat, wird fortgesetzt. Die einzelnen Punkte des Antrags (Agitation, Statistik, Publikationen, Pflege der internationalen Beziehung, Einberufung des Kongresses, Beitragspflicht der einzelnen Gewerkschaften) werden gesondert diskutiert und gelangen einzeln zur Abstimmung.

Es wird beschlossen:

Die Aufgaben der Generalkommission sind:

1. Die gewerkschaftliche Agitation namentlich in denjenigen Gegenenden, Industrien und Berufen, deren Arbeiter nicht oder nicht genügend organisiert sind, zu fördern und den Zusammenschluss der kleinen Verbände und Losorganisatoren zu Industrieverbänden anzustreben.

2. Die von den Gewerkschaften aufgenommenen Statistiken zusammenzufassen und solche selbstständig aufzurichten.

3. Das Korrespondenzblatt erscheint in der bisherigen Weise weiter. Es soll den Vorständen der Gewerkschaften, den Gewerkschaftsvertretern und der Parteipresse unentgeltlich überhandt werden. Kurze, wichtige Publikationen sollen allen Gewerkschaftsblättern zum Abdruck zugehen.

4. Die Generalkommission hat internationale Beziehungen zu den Gewerkschaften anderer Länder zu pflegen.

5. Sie hat die allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongresse einzuberufen und die hierzu nötigen Vorbereitungen zu erledigen.

Diese Kongresse sind nach Bedürfnis, mindestens jedoch alle drei Jahre einzuberufen.

Zur Teilnahme an diesen Kongressen sind sämtliche Centralorganisationen und solche Losorganisatoren berechtigt, die verbündet sind, sich central zu organisieren. In Zweifelsfällen entscheidet der Gesamtausschuss. Ausgeschlossen von der Teilnahme an den Kongressen sind alle Gewerkschaften, die ohne genügende Entschuldigung mit drei Quartalsbeiträgen im Rückstande sind.

Auf Antrag der Hälfte der bei der Generalkommission beteiligten Gewerkschaften ist die Generalkommission verpflichtet, einen Kongress einzuberufen.

Der Ausschuss kann zu benennten Berufskongressen, wo es nötig erscheint, einen Vertreter entsenden.

Die Gewerkschaften sind berechtigt, für je 3000 Mitglieder einen Delegierten zu wählen. Die Zahl der Delegierten einer Gewerkschaft darf sechs nicht überschreiten. Kleinere Gewerkschaften wählen einen Delegierten. Wichtige Anträge entscheidet die Zahl der durch die Delegierten vertretenen Mitglieder.

Eine längere Diskussion entspannt sich noch über die Höhe der Beiträge.

Der Kommissionsantrag will die Beiträge auf 3 Pf. festsetzen. Ein Antrag bezweckt die Herabsetzung auf 2 1/2 Pf., ein anderer eine Erhöhung auf 5 Pf. pro Mitglied und Quartal.

Es wird namentlich darüber abgestimmt, ob der Beitrag 5 Pf. pro Mitglied und Quartal beitragen soll. 58 Delegierte stimmen dafür, 65 Delegierte dagegen. 16 Delegierte fehlten. Mit großer Mehrheit wird hierauf der 3 Pfennig-Beitrag angenommen.

Längere Zeit nimmt die Frage in Anspruch, wo die Generalkommission häufig ihren Sitz haben soll.

Mit großer Mehrheit wird Hamburg als Sitz der Generalkommission gewählt.

Es folgt die Wahl der Mitglieder der Generalkommission. Von den bisherigen Mitgliedern der Generalkommission lehnen v. Elm, Eisinger und Demuth eine Neuwahl ab.

Gewählt werden Legien mit 97, Brinkmann mit 84, Frau Kochler mit 70, Roestel mit 69, Sabbath mit 57 Stimmen. Als Stellvertreter werden gewählt Thomas, Haebel und Hoffmeyer.

Die Gesamtvorlage der Redaktionskommission wird mit 88 gegen 43 Stimmen angenommen.

Breden-Nürnberg erklärt namentlich der Metall- und Holzarbeiter-Organisationen, daß sie gegen die Vorlage gestimmt haben, weil sie in dem Passus, in welchem die Delegiertenzahl für die großen Organisationen auf 6 beschränkt wird, eine Vergrößerung der großen Organisationen erblicken.

Roestel-Hamburg legt infolge des Resultats der Gesamtabstimmung sein Mandat für die Generalkommission nieder und fragt den Genossen Legien, ob er auch aus dem Beschlusse seiner Organisation die gleiche Konsequenz ziehen will.

Legien: Ich bin gewohnt selbstständig zu handeln und werde mein Mandat behalten. Dem Beschlusse eines Nebenkongresses brauche ich mich nicht zu fügen. Ich hätte auch mein Mandat niedergelegt, wenn Genosse Roestel an mich nicht die Frage gerichtet hätte.

Es ist unerhört in der Geschichte der Arbeiterbewegung, daß nachdem jeder einzelne Punkt durchberaten und abgestimmt ist, nachdem die Gesamtabstimmung mit großer Mehrheit erfolgt ist, zwei große Organisationen erklären, sich nicht fügen zu wollen. Beharren die beiden Organisationen auf ihrer Weigerung, dann gut, dann verzichten wir auf eine Einigung, können wir uns nicht einigen, dann mag die Gewerkschaftsbewegung zu Grunde gehen.

Böhmischburg-Hamburg regt an, eine Verständigung zu versuchen.

Legien-Hamburg: Ich glaube nicht, daß eine Verständigung erzielt werden kann, wir müßten sonst gerade noch einmal die ganze Vorlage durchberaten.

Leipart-Stuttgart mahnt zur Einigkeit. Die Verständigung ist leicht herbeizuführen, wir brauchen nur den Passus: „Mehr wie sechs Delegierte darf keine Organisation zum Kongresse schicken“, zu streichen.

Massini-Berlin stellt einen auf Streichung dieses Passus zielenden Antrag im Interesse der Einigkeit.

Von den Gegnern des Zusammenschlusses der Centralverbände zu Industrieverbänden wird nun der Antrag gestellt, auch den Passus über die Bildung von den Industrieverbänden aus der Vorlage zu streichen.

Brinkmann-Hamburg verteidigt diesen Antrag in erregter Weise und sacht den alten Streit über die beste Organisationsform damit von neuem an.

Um diesem Streit aus dem Wege zu gehen, wird der Antrag auf Schluß der Diskussion gestellt, aber abgelehnt.

Weisswenger-Berlin will den großen Organisationen mehr Rechte einkämpfen.

Dupont-Berlin konstatiert, daß in der Kommission Breden-Nürnberg und Eisinger-Nürnberg, die jetzt so heftig opponieren, kein Wort gegen die Fassung einzubringen gesagt habe.

Der Antrag Brinkmann auf Streichung des Passus von den Industrieverbänden wird mit 56 gegen 52 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Leipart-Massini auf Streichung des Passus: „Mehr wie sechs Delegierte darf eine Organisation nicht enthalten“, wird mit 79 gegen 29 Stimmen angenommen.

Die Holzarbeiter und Metallarbeiter erklären, jetzt für die Vorlage zu stimmen, die dadurch fast einstimmig zur Annahme gelangt.

Soziale Rundschau.

An die Cementarbeiter. Hohe Zeit ist es, daß auch Ihr Euch vereinigt! Keine Arbeiterbranche ist ohne Organisation, nur wir stehen vereinzelt da. Darum hand ans Werk und

eine Gewerkschaft gebildet. Nur Schuster an Schuster können wir unsere Lage verbessern. Die Arbeitgeber spielen jetzt mit unserer Arbeitskraft, und riskiert ein Arbeiter ein Wort der Verwahrung, so fliegt er aus Pfaster. Kollegen! Schon einmal hatte sich ein Häuslein zusammengefertigt, doch war die Zahl zu klein, und die Unternehmer waren voller Freude, als die kleine Schule wieder auseinanderfiel. Kollegen, blickt um Euch und macht Euch klar, wie auf manchen Plätzen die Arbeit bezahlt wird. Oft arbeiten die Leute die ganze Woche, ohne auch nur zu wissen, was sie verdienen. Und durch die Zahlung von Prämien soll Eure Arbeitskraft aufs äußerste angespannt werden. Im Sommer bei 18 stündiger anstrengender Arbeit ein Stundenlohn von 32 bis 35 Pf., im Winter aber sehr oft unfreiwillige Arbeitsruhe. Es ist eine Schmach unserer Art, daß gerade die Arbeiter, die die schwere und ungesehene Arbeit zu verrichten haben, wie die Cementarbeiter, nicht organisiert sind. Darum auf, Kollegen, erwacht aus Eurem Schlaf und vereinigt Euch! Escheint Mann für Mann am Sonntag den 10. Mai 1/2 Uhr im Römischen Hofe, Mittelstraße, zu der Cementarbeiter-Versammlung! Kein Kollege darf fehlen!

Ein Cementarbeiter.

Berlin, 6. Mai. In der Wallfuchsfabrik von Melnik in Berlin, Schillingstraße 12, ist infolge von Maßregelung und Differenzen ein Streit ausgebrochen.

Der Streit der Musikinstrumentenmacher in Berlin dauert schon in die dritte Woche; 3500 Arbeiter und Arbeitnehmer, die sich auf 96 Fabriken verteilen, sind ausständig. Jetzt beabsichtigt die Unternehmerkoalition in der Berliner Musikinstrumentenindustrie eine schwarze Liste sämtlicher Ausständigen herauszugeben.

Hannover, 6. Mai. Nun mehr ist auch auch die hiesige Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer ein Opfer des § 8 des Vereinsgesetzes geworden.

Erfurt, 7. Mai. Der Streit der Maurer ist durch Nebeneinkommen mit den Unternehmern beendet worden. Die Maurer haben einige wesentliche Vorteile errungen.

Quedlinburg a. Harz, 7. Mai. In der Metallwarenfabrik der Gebr. Arend sind Differenzen mit den Metallarbeiter ausgetragen; dieselben sollen gezwungen werden, aus den Verband auszutreten. Zugang ist streng fernzuhalten.

Harburg, 7. Mai. Die Arbeiter der Aktienbrauerei sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Aus der Partei.

Halle a. S., 6. Mai. Die hiesige Staatsanwaltschaft ist rührig. Gegen den Verleger des Volksblattes für Halle, Genossen Groß, ist wegen Verbreitung der Märznummer des Süddeutschen Postillons Auflage wegen angeblicher Aufreizung zum Kloßenhäuschen erhoben worden. Die Sache gelangt am 11. Mai zur Verhandlung.

Das Oberlandesgericht in Hamburg hat in Sachen des Redakteurs Hille gegen den Staatsanwalt Lorenz die von Lorenz eingelegte Revision verworfen. Nun hat die liebe Seele Ruh!

Zu Magdeburg-Südenburg starb plötzlich und unerwartet der Parteigenosse Franz Rohr; er stand stets im Vordertrasse der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bewegung.

Berlin, 6. Mai. Wegen angeblicher Verächtlichkeitmachung von Staatseinrichtungen durch Behauptung erblicher und entstehter Thatsachen wurde am Mittwoch der verantwortliche Redakteur der polnischen Arbeiterzeitung, Gazeta Robotnicza, Johann Pichocki, vor der 3. Strafklammer des Landgerichts I in Berlin zur Verantwortung gezogen. In ihrer Nummer vom 14. März brachte die genannte Zeitung einen Artikel: Preußischer Kafchismus, an den jeder, der nicht ins Gefängnis kommen will, glauben muß. Darum hieß es u. a.: Wozu schuf Gott den Menschen? Antwort: Um Soldat zu werden, das Repetiere gewebe zu tragen und möglichst viele andere Menschen zu töten! — Frage: Woraus besteht der Mensch? Antwort: Aus Leib und Mutter. — Frage: Wozu gab Gott dem Menschen den Leib? Antwort: Damit er ihn zum Ziel für Gewehrs- und Kanonenbeschüsse hergäbe. In dieser Weise ging es weiter. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängnis. Der Gerichtshof schloß sich der Auffassung des Verteidigers dahin an, daß es sich bei dem Artikel nicht um Thatsachen, sondern um einen Witz handele und er sprach deshalb den Angeklagten frei.

In Kalk bei Köln starb unser bewährter Parteigenosse Theodor Höller am 5. Mai.

Die Leipziger Arbeiter und die Tischlerausperrung.

Zur Aussperrung der Holzarbeiter und zu dem Unternehmer in der Holzindustrie nahmen gestern die Arbeiter Leipzigs Stellung. Die nach dem Pantheon einberufenen Versammlung war von etwa 800 Personen besucht. Es referierte Genosse Meusch. Redner führte an, daß die im Frühjahr begonnene Lohnbewegung der Tischler Leipzigs sich zu einer Machtfrage gestaltet hat, wie sie es nicht erwartet haben. Es schilderte den Gang der Lohnbewegung und bemerkte, die Meister hätten zwar die Forderungen der Gehilfen bewilligt, aber nicht ihre Unterschrift gegeben. Bis zum 1. Mai sollten die Forderungen durch Anerkennung des nach den bewilligten Forderungen ausgearbeiteten Tarifs und einer dem Tarif angepaßten Werkstattordnung, die bis zum 1. Mai in jeder Werkstatt ausgehangen sein sollte, von den Meistern funktioniert werden. Die Werkstattdellegierten waren deshalb angewiesen, in jeder Werkstatt mit den Meistern zu verhandeln und bis zum 28. April diese Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Die Meister kamen nun mit der Ausrede, daß die Zinnung befreit habe, eine einheitliche Werkstattordnung auszuarbeiten, die den Gehilfen vorgelegt und von ihnen anerkannt werden sollte. Dies ginge, so meinten die Meister, aber nicht so schnell und müßten sie Zeit haben. Gleichzeitig wurde erklärt, daß man die erst bewilligten Forderungen der Gehilfen nicht anerkenne und einen neuen Tarif ausarbeiten werde, der am 1. Juni in Kraft treten würde. Es ging aus diesen Erklärungen hervor, daß die Meister die ganze Sache verschleppten wollten, um Zeit zu gewinnen, die dringendsten Arbeiten zu erledigen und so einem Ausstand der Gehilfen leichter gegenüberzutreten zu können. Darum beschlossen auch die Gehilfen, an ihren Forderungen festzuhalten und, falls die Meister wortbrüchig würden, die Arbeit am 30. April niederzulegen. Die Unternehmer ihrerseits bildeten ein Kartell, nach dem sie sich bei einer Konventional-

sstrafe von 1000 Mark verpflichteten, innerhalb zwei Jahren keinen Tischler einzustellen, der am 1. Mai die Arbeit würde ruhen lassen. Am 30. April vormittags fand im Restaurant von Kühn und Helbig eine Konferenz der Unternehmer statt, zu der die Arbeiter berufen wurden, die über die Verhandlungen mit den Unternehmern in der Tischlerveranstaltung berichtet hatten. Genosse Meusch ging zu der Konferenz, ließ durch einen Kellner Herrn Narroschewitz herausrufen, erklärte ihm, daß sie noch nicht alle Kollegen haben aufstreben können, daß dies aber in kurzer Zeit geschehen werde, und gab den Verlangen Ausdruck, als Vorsitzender der Lohnkommission den Verhandlungen beizutreten. Herr Narroschewitz erklärte, daß sie zunächst allein verhandeln wollten, ihn aber später hereinrufen würden. Die Tischler wurden nun einzeln von der Konferenz wie vor Gericht vernommen, als Bütner bezeichnet und aus dem Konferenzzimmer gewiesen. Aus diesem Grunde nahm ein anderer Tischler Genosse Meusch und einen anderen Kollegen als Beugen mit in das Konferenzzimmer. Sie haben in anständiger Weise um Einschlag gebeten, wurden auch hineingelassen, von einem Einbringen kann also keine Rede sein. Als die Konferenzteilnehmer aber den Genossen Meusch erblickten, entstand ein Standal und die drei Männer wurden aufgefordert, eins, zwei, drei, das Zimmer zu verlassen. Sie verließen auch das Zimmer. Das war nachmittags gegen 2 Uhr und schon im Laufe des Nachmittags konnte das Ergebnis der Verhandlung den Tischlern durch ein Flugblatt bekannt gegeben werden, was zur Folge hatte, daß sie abends einhellig die Arbeit niedergelegt. Am 2. Mai ist dann der Lohnkampf mit neuen Kräften aufgenommen worden. Vom 1. Mai konnte man in Bezug auf die Tischlerwerstätten nach dem Dichterwort erklären:

Alle Nader siehen still,
Wenn dein starker Arm es will.

Die Unternehmer hatten gehofft, daß nur einige der „Heher“ die Arbeit niedergelegt würden, daß der alte Stamm stehen bleibt, mit dem sie dann die dringendsten Arbeiten erledigen könnten. Sie haben sich aber gründlich verrechnet, denn die ältesten Kollegen erklärten sich mit den jüngsten solidarisch, und Leute, die 20 Jahre und länger in einer Werkstatt arbeiteten, legten einmütig die Arbeit nieder. Die Unternehmer versuchten durch Agenten und verlockende Zeitungsannoncen von auswärtigen Kräften heranziehen, bisher mit seinem Erfolg. Dank der Thätigkeit der Lohnkommission sind die Bemühungen der Unternehmer, Leute zu gewinnen, in Altenburg, Halle, Frankfurt, Mainz, Dresden und Weimar erfolglos geblieben. Ebenso wenig ist es ihnen gelungen, durch die schwarzen Listen die Arbeiter zu schädigen, denn es ist möglich gewesen, eine große Anzahl Kollegen unterzubringen. Jüngere arbeitende Kollegen haben selbstlos Verhältnisse platziert. Im ganzen wurden am 2. Mai 400 Mann ausgesperrt, weitere 100 haben infolge Nichtbewilligung der Forderungen die Arbeit niedergelegt, so daß über 500 Mann im Ausstand waren. Hieron sind 23 Männer zu Streikbrechern geworden. Zehn sind noch 152 verheiratete und 94 ledige Tischler zu unterstützen, die anderen haben Arbeit erhalten. Gegenüber dem Vorgehen der Unternehmer, die sich zur Befreiung einer Konventionalstrafe verpflichtet haben, hat man nun nach dem Vorschlag eines Rechtsanwalts sich gegenseitig verpflichtet, 25 M. für den Fall des Wortsbruches zu zahlen. Wie berechtigt das Vorgehen der Arbeiter ist, geht daraus hervor, daß der Durchschnittslohn für Tischler in Leipzig pro Woche 18.80 M. beträgt. Wenn man aber die besser bezahlten Pianofortearbeiter ausscheide, so stelle sich der Durchschnittslohn auf 16.50 M. pro Woche, ein Lohn, der, um mit dem Hofrat Adermann zu reden, nicht zum menschenwürdigen Dasein ausreicht. Auch die Polizei hat sich schon in der Lohnbewegung betätigt. Ein Tischler, der den Bahnhof Plagwitz bewachte, wurde, als er der Weisung eines Schuhmanns, fortzugehen, nicht Folge leistete, mit einem Strafmandat von zwei Tagen Haft bedroht, obgleich die Unternehmer unbeantastbar das Gleiche thun. Die Unternehmer haben sich in einer Erklärung an das Publizum gewandt und erklärt, daß sie den Kampf für die gesamten Unternehmer aufsehen. Durch sei der Lohnkampf zum Klassenkampf geworden und darum fordere er die Arbeiter Leipzigs auf, den Tischlern ihre Sympathie zu beladen und sich mit ihnen solidarisch zu erklären. (Lebhafte Beifall.)

In der Debatte wurde Genosse Hänsch das Wort entzogen, als er das Dreiklassenwahlrecht als einen Hohn auf die Arbeiter bezeichnete. Genosse Grenz wies darauf hin, daß der wirtschaftliche Kampf sich immer mehr zusammensetze, und daß die Arbeiter durch die Ausschließung der politischen Thätigkeit, die ihre Aufmerksamkeit mehr dem wirtschaftlichen Kampfe widmeten werden. Er ermahnt, die Tischler in ihrem Kampfe zu unterstützen, man möge, so meint Redner, für das, was man auf politischem Gebiete ihnen gehabt habe, auf wirtschaftlichem Gebiete gerade in Leipzig den Unternehmern ein tüchtiges Beispiel geben.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die heute im Pantheon tagende öffentliche Arbeiterversammlung drückt den ausgesperrten Tischlern ihre Sympathie aus und verspricht, sie in ihrem, ihnen von den Unternehmern aufgedrängten Kampfe finanziell und moralisch zu unterstützen. Gleichzeitig spricht sie ihre Entrüstung über das Gebaren der Unternehmer und die Behandlungsweise der von den Arbeitern delegierten Vertrauenspersonen und die Boykottierung der Arbeiter durch schwarze Listen aus und erklärt den Arbeitern ihre Sympathie und Unterstützung so lange, bis der Unternehmerring gesprengt ist.

Zu gleicher Zeit tagte in der goldenen Krone zu Möckern eine von 200 Personen besuchte Arbeiterversammlung, die sich mit demselben Gegenstand beschäftigte. Das einleitende Referat gab Genosse Dörls, der den Anwesenden ein klares Bild, dem vorstehenden gleichend, von Anfang der Bewegung der Tischler bis zur jetzigen Aussperrung der Holzarbeiter gab. Auch begründet er die gestellten Forderungen der Tischler: 9 1/2 stündige Arbeitszeit, 86 Pf. Minimallohn, Sicherung des Bohnes bei Accordarbeiten, Prozentzuschlag auf Accordarbeiten und Überstunden in eingehender Weise. Der Referent sowie sämtliche Diskussionsredner appellieren an die Solidarität und den Opfermut der Leipziger Arbeiterschaft. Es findet nachstehende Resolution einstimmige Annahme:

Die heute in der goldenen Krone zu Möckern tagende öffentliche Arbeiterversammlung erklärt, nachdem sie über die Ursachen der Aussperrung der Leipziger Holzarbeiter genügend unterrichtet ist, daß Vorgehen der beteiligten Firmen als jedes Unstandes und jeder Humanität entbehrend und spricht ihre größte Entrüstung darüber aus; dagegen erklären sich sämtliche Anwesende mit den ausgesperrten Holzarbeitern solidarisch und versprechen mit allen Mitteln denselben den Sieg erringen zu helfen.

Hierzu zwei Beilagen.

Holzarbeiter!

Sonnabend den 9. Mai abends 1/2 Uhr

Versammlung im Saale des Pantheons.

Vortrag über: Die Weisheit auf der Gasse.

N.B. Der Kassierer vom Unterstützungsverein, Kollege Ohmann, ist heute sowie jeden Freitag von 8 Uhr an im Universitätskeller und Ihnen die Delegierten die Beiträge abliefern.

Arbeiterverein Leipzig.
Sonnabend, 9. Mai, abends
9 Uhr:

1. (Leipzig, Mühlgrasse 7, II.) Mit-
glieder-Versammlung. Tagesord-
nung: Die Lage des Vereins; Wahl
von Ernährern für den Vereinrat.
2. (Lindenau, Stadtteilenburg), Vor-
trag über: Die Elektricität und ihre
Anwendung.

3. (Neuschönfeld, Bach-Schul-
wirtschaft, Alarstr. 18.) Mitglieder-
Versammlung.

4. (Thonberg, Gasthof Neurenditz,
Südlicher Straße.) Vortrag von
Herrn Schuhsticker Max Schütte über:
Robespierre.

5. (Connewitz, zum Gambrinus,
Lange Str.) Vorlesung aus Hebel:
Die Frau u. der Sozialismus. Herauf:
Diskussion.

7. (Lindenau, Restaurant Schmidt,
Marienstr. 9.) Vortrag von
Herrn H. Rauh über:
Das Leben des Turnens.

8. (Anger, Albertgarten, Zwilmaun-
dorfer Straße.) Vortrag von Herrn
Krebs über: Die Überbevölkerungsfrage.

9. (Entrich, Restaurant Schmidt,
Marienstr. 9.) Diskussion.

Sonntag, 10. Mai, abends 8 Uhr:
1. (Leipzig, Mühlgrasse 7, II.) Vortrag
von Herrn Prediger Wiener über: Die
Einschule.

6. (Lohaus, Restaurant zur Nachttal,.
Untere Georgstr.) Vortrag v. Herrn
Lehder: Was kann die Frau für die
Gesundheit der Familie thun.
Dienstag, 12. Mai, abends 1/2 Uhr
beginnt der Unterricht in der Mundschrift.
Deutschholländische Gemeinde (freitl.).
Sonntag, 10. Mai, früh 10 Uhr, L. Bürger-
schule: Erbauung: Prediger Wiener.

Oeffentliche Bürger-Versammlung

Sonnabend den 9. Mai 1890 abends 8 1/2 Uhr

im Restaurant Stadt Wien, Wurzen.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen.

Referent: Stadtverordneter Pinkau, Leipzig.

2. Das Programm des Bürgervereins.

Referent: Stadtrat J. Künzel.

Zu beiden Punkten Debatte.

Der Einberufer.

Verein d. Steinsetzer u. Berufsgenossen

Morgen Sonnabend den 9. Mai abends 8 1/2 Uhr

Vorstandssitzung.

Der Vorstand.

Bauhandarbeiter.

Sonntag den 10. Mai vormittags 1/2 Uhr

Oeffentliche Versammlung

im Saale des Universitätskellers, Ritterstraße 7.

Tagesordnung: 1. Die gegenwärtigen Streits. 2. Bericht vom Gewerkschaftsrat. 3. Regelung der Versammlungen. 4. Ergänzung der Lohnkommission. 5. Gewerkschaftliches.

[4166] Der Vertretermann.

Stuckateure.

Sonntag den 10. Mai vorm. punt 1/2 Uhr

Oeffentliche Versammlung bei Spiess, Seeburgstrasse.

Tagesordnung: 1. Bericht vom 2. Deutschen Gewerkschaftskongress. 2. Bericht der Lohnkommission über den Stand unserer Lohnbewegung. 3. Gewerkschaftliches. Referent: Kollege Odenthal, Adm. Pünktliches Erscheinen aller Kollegen ist nötig.

[4160] Der Einberufer.

Achtung, Cementarbeiter Leipzigs!

Sonntag den 10. Mai früh 1/2 Uhr im Römischen Hof

Versammlung.

Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.

Der Einberufer L. O.

Radfahrer.

Sonntag früh nach Merseburg. Abfahrt früh 6 Uhr Erholung, Lindenau. Alle Mitglieder, welche Wünschen mit nach Dresden fahren, werden erachtet, zu erscheinen. Bei ungünstigem Wetter 1/2 Uhr derselbst.

Genesungshaus Crostewitz für erholungsbedürftige Frauen und Mädchen.

Pflegegeld wöchentlich 10 M., bei Einzelzimmer 12.50 M. Anmeldung: Expedition des Vereinshauses, Rosenthal 14.

Der Verein für innere Mission.

Günthers Bier- und Speisehaus, Brühl 74.

Empfiehlt kräftigen Gemüse-Mittagstisch, & Portion 40 Pf.

Restaurant z. Gambrinus, Kreuzstrasse 48.

Bringe meine Lokalitäten in freundl. Erinnerung (großes Gesellschafts-zimmer). Guten kräft. Mittagstisch. Kalte und warme Speisen. Hochseines Bayerisch u. Lagerbier. Ergebenst Hermann Holzhausen.

Restaurant Heitner Blick, Moltkestrasse 46.

Hierdurch erlaube ich mir, meinen kräftigen Mittagstisch in empfehlende Erinnerung zu bringen. — Sonnabend u. Sonntag Großes Familientheater. Hierzu lädt ganz ergebenst ein.

[4185] A. Kunze.

Restaurant Plagwitzer Strasse 5.

Sonnabend den 9. Mai

Schlachtfest.

Auch liegen sämtliche Lotterielisten aus.

[4170] Rudolf Neuhold.

!Achtung!

Moschelesstraße 10, Ecke Seb. Bachstraße

Sonnabend u. Sonntag Gr. Frei-Konzert.

W. Biere. Jeden Sonnabend Schweinstooken mit Stößen. Stamm zu jeder Tageszeit.

[4171] Herm. Nitzschke.

Restaurant Wilhelmshöhe Plagwitz Braustr. 1.

Empfiehlt meine geräumigen Lokalitäten mit Gesellschaftszimmer, Billard, Pianino u. zur geselligen Verwendung. Biers und Speisen in bekannter Güte.

[6878] Max Lässig.

L.-Plagwitzer Restaurant und Café National, Karl Heine-Strasse 71.

Bringe meine Lokalitäten sowie Vereinszimmer bestens empfohlen. Verschiedene Tageszeitungen liegen aus, darunter Vorwärts, Isch. Novost u. Naspel. Biere u. Speisen v. bekannter Güte. Sonntags früh Spektakel. Achtungsvoll Karl Müller.

Vockes Restaurant, Plagwitz

Merseburger und Weihenstephaner Straßen-Ecke 32. empfiehlt seine Lokalitäten. Speisen und Getränke hochstein. Sonnabends Schweinstooken. Karl Zeldler, gen. Bode.

Restaurant Leipz. Hof, Oetzsch.

Bei Ausflügen der geirten Vereine und Parteigenossen empfiehlt mein aus bester eingerichtete Restaurant und großer Gesellschaftsstube, mit großem, von Bäumen umgebenen Garten und Kolonnade.

[4152]

(500 Sitzplätze. Angenehmer Aufenthalt.)

W. Speisen u. Getränke.

Hochachtungsvoll F. Graf.

Verantwortlicher Redakteur: Rich. Lipinski in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

Arbeiterverein Leipzig.
Sonnabend, 9. Mai, abends
9 Uhr:

1. (Leipzig, Mühlgrasse 7, II.) Mit-
glieder-Versammlung. Tagesord-
nung: Die Lage des Vereins; Wahl
von Ernährern für den Vereinrat.

2. (Lindenau, Stadtteilenburg), Vor-
trag über: Die Elektricität und ihre
Anwendung.

3. (Neuschönfeld, Bach-Schul-
wirtschaft, Alarstr. 18.) Mitglieder-
Versammlung.

4. (Thonberg, Gasthof Neurenditz,
Südlicher Straße.) Vortrag von
Herrn Schuhsticker Max Schütte über:
Robespierre.

5. (Connewitz, zum Gambrinus,
Lange Str.) Vorlesung aus Hebel:
Die Frau u. der Sozialismus. Herauf:
Diskussion.

7. (Lindenau, Restaurant Schmidt,
Marienstr. 9.) Vortrag von
Herrn H. Rauh über:
Das Leben des Turnens.

8. (Anger, Albertgarten, Zwilmaun-
dorfer Straße.) Vortrag von Herrn
Krebs über: Die Überbevölkerungsfrage.

9. (Entrich, Restaurant Schmidt,
Marienstr. 9.) Diskussion.

Sonntag, 10. Mai, abends 8 Uhr:
1. (Leipzig, Mühlgrasse 7, II.) Vortrag
von Herrn Prediger Wiener über: Die
Einschule.

6. (Lohaus, Restaurant zur Nachttal,.
Untere Georgstr.) Vortrag v. Herrn
Lehder: Was kann die Frau für die
Gesundheit der Familie thun.

Dienstag, 12. Mai, abends 1/2 Uhr
beginnt der Unterricht in der Mundschrift.
Deutschholländische Gemeinde (freitl.).

Sonntag, 10. Mai, früh 10 Uhr, L. Bürger-
schule: Erbauung: Prediger Wiener.

Arbeiterverein Leutzsch.

Sonnabend den 9. Mai abends 9 Uhr
Mitglieder-Versammlung

bei Elsart. Zahlreiches Erscheinen erwartet P. P.
Um Himmelfahrtstage findet Familien-
Abend im Gasthof statt. P. P.

Arbeiterverein Stötteritz u. Umg.

Sonnabend den 9. Mai abends
9 Uhr [4154] im Gasthof zum Deutschen Haus

Vortrag: Kulturbilder aus der Vorgeschichte
des Menschen, erzählt durch Kulturbil-
der von R. Laube.

Gäste willkommen. — Zahlreiches Ers-
 scheinen steht entgegen. Der Vorstand.

Arb.-Verein Gautzsch.

Sonnabend den 9. Mai abends 1/2 Uhr
im Neuen Gasthof

Öffentlicher Vortrag:

Ziele und Rohen der Arbeitervereine.
Referent: Bernh. Müller, L. Plagwitz.

Gäste willkommen. P. P.

Gemeinnütziger Verein Mockau.

Sonntag den 10. Mai nachm. 8 Uhr
Mitglieder-Versammlung

im Gasthof zur grünen Aue.
Tagesordnung: 1. Vortrag über:
Afrika und seine Kolonien. Ref.: Herr
Wilke, Leipzig. 2. Verlobungsgele-
genheiten.

[4178] Zahlreiches Erscheinen wünscht P. P.

Gemeindeverein Stünz

Unsere Mitglieder-Versammlungen
finden den 2. und 4. Sonnabend im
Monat statt. Nächste Versammlung den
9. Mai im Gasthof abends 1/2 Uhr.

Tagesordnung: Vortrag über: Ur-

geschichte der Germanen. — Erscheinen
aller Mitglieder notwendig. D. P.

Achtung.

Die Kommissionsmitglieder, sowie
auch Mitglieder der freien Hilfskassen,
werden Sonntag den 10. Mai nach-
mittags 1 Uhr zur Besichtigung der
Kur- und Badeanstalten, Carolas- und
Augustusbad, eingeladen.

[4189] Versammlungsort:

Posthörnchen, Querstr. 8.

Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Der Vorstand.

Auktion, Ratskeller Kleinzschocher.

Sonnabend v. 10—4 Uhr verl. 2 Cr.
fr. Rind- u. Schweinef. (Friedh.), biv.
geräuch. Wurst, fl. Schwarzfleisch u. Spez.

Gute Uhren

Kauf m. a. billigst. bei E. A. Naumann,
Peterstraße 3, am Markt. Dasselbst
jetzt Peterstraße 3, am Markt. Dasselbst
Reparaturen am billigsten und schnell.
Alte Uhren w. gekauft u. eingetauscht.

Donnerstag, 14. Mai Dank- u. Abschiedsvorstellung.
Skandinavischer Cirkus

Krystall-Palast, Albert-Halle.
Heute Freitag den 8. Mai, abends 1/2 Uhr

Große Extra-Vorstellung
Benefice für den engl. Original-Gigant-Clown Alf. Daniels.

Durch Aufführung der neuesten u. wertvollsten Stoffen.
Eintritt und Untertrugos wird der Besuch auf diese Vorstellung zu einer
durchaus angenehmen gestaltet.

Zum

1. Beilage zu Nr. 105 der Leipziger Volkszeitung, Freitag 8. Mai 1896

Reichstag.

86. Sitzung vom 7. Mai 1896. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrates: Niederding.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Verhandlung des Entwurfs eines Gesetzes zur Bekämpfung des unsaureren Wettbewerbs.

Eine Generaldiskussion findet nicht statt. In der Spezialabstimmung zu § 1, zu welchem ein lediglich redaktioneller Antrag des Abg. Roeren (3.) vorliegt, beantragt

Abg. Lenzmann (fr. Vp.), die von ihm in der zweiten Lesung gehörten Worte "über geschäftliche Verhältnisse insbesondere" zu streichen. Bekanntmachungen oder Mitteilungen "über geschäftliche Verhältnisse", zumal darunter auch bildliche Darstellungen fallen sollen, sei etwas zu Unbestimmtes, so daß der Richter damit nicht auskommen könnte. Redner erinnert an den Fall des Salvatorbieres; die Bäckerbrauerei nehme diesen Namen jetzt für ihr Gebäu allein in Anspruch und habe schon gerichtliche Verfügungen erwirkt, welche das Salvatorbier anderer Brauereien mit Beschlag belegen. Herr Roeren führte in der zweiten Lesung den Voornelamp of Magbitter an, der so vielfach nachgemacht wurde. Die Firma Underberg-Albrecht, welche sich darüber beklagt, hat aber selbst diesen Namen zu Utrecht in Anspruch genommen, dann eine andere Firma hatte schon früher Voornelamp hergestellt. In dem Prozeß wurde aber die Firma Underberg-Albrecht freigesprochen, weil Voornelamp ein Freizeichen sei. Da kann sich Herr Underberg-Albrecht doch nicht beschweren, daß auch andere Fabrikanten dieses Freizeichen benutzen.

Abg. Hilpert (bayerischer Bauernverein) bedauert, daß in bezug auf die Landwirtschaft keine weiteren Bestimmungen zur Bekämpfung des unsaureren Wettbewerbs angenommen sind, bitte aber, die Vorlage anzunehmen.

Abg. Roeren (3.) bedauert, daß Abg. Lenzmann noch nicht eingesehen habe, worauf es ankommt. Es solle der bestreit werden, der unwahre Angaben mache, die auf die Täuschung des Publikums berechnet seien. Dagegen könne man jetzt mit dem Betragssparraphen nicht einschreiten; es sei aber nothwendig, das Schwindrelätsmessen aus dem Geschäftsvorkehr zu beseitigen.

Abg. Bässermann (nall.) tritt ebenfalls für die Beschlüsse der zweiten Lesung ein.

Unterstaatssekretär Nothe entschuldigt den durch einen starken Katastrophen verhinderten Staatssekretär v. Bötticher und empfiehlt die Annahme des redaktionellen Antrages Roeren, aber auch des Antrages Lenzmann, der eine Wiederherstellung der Regierungsvorlage bedeutet.

Abg. Jakobskötter (1.) bittet ebenfalls, die Beschlüsse zweiter Lesung anzunehmen.

§ 1 wird unter Ablehnung des Antrages Lenzmann nach dem redaktionellen Antrag Roeren angenommen.

Bei § 5, welcher die Quantitätsverschleierung betrifft, beantragt Abg. Mörike folgenden Zusatz: "Für den Einzelverkauf mit Bier in Flaschen; oder Artigen kann die Angabe des Inhalts unter Festhaltung angemessener Fehlergrenzen vorgeschrieben werden."

Ferner beantragt Abg. Mörike folgende Resolution: "Die verbündeten Regierungen zu erlauben, dem Reichstage in seiner nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Richtung der Bierfässer vorgeschrieben wird."

Abg. Mörike empfiehlt seinen Antrag, um dem unsaureren Wettbewerb im Flaschenbierhandel entgegenzutreten.

Abg. Hammacher erklärt sich für den Antrag Mörikes und empfiehlt die Ausdehnung der Vollmacht des Bundesrates auf den Verkauf mit Weinen.

Geb. Ober-Regierungsrath Hauck erklärt sich ebenfalls für den Antrag Mörike, hält aber die Regelung des Verkehrs mit Weinen nicht für so nothwendig, wie die des Verkehrs mit Bier. Auf die Anregung wegen des Nachzwingens für Bierfässer werden die verbündeten Regierungen gern eingehen.

Abg. Schmidt-Elberfeld (fr. Vp.) warnt davor, für Wein dieselben Bestimmungen zu treffen wie für Bier, namentlich mit Rücksicht auf den Export.

Abg. Roeren (3.): Die Regierung hat nur in bezug auf Bier eine Befreiung nachgezögert, wie haben also keinen Anlaß, in bezug auf Wein etwas zu beschließen.

Abg. Gamp (Vp.): Die Mißstände bezüglich des Weinhandels sind doch dieselben wie beim Bierhandel.

Abg. Hammacher beantragt, in dem Antrag Mörike zu § 5 hinter dem Begriffe "Bier" einzufügen "und Wein".

Die Abg. Schmidt-Elberfeld (fr. Vp.), Dieben (3.), v. Salisch (df.) und Müller-Sagan (fr. Vp.) sprechen sich gegen den Antrag Hammacher aus.

Geheimrat Hauck: Ein Nachzwing ist nicht in Aussicht genommen.

Die Abg. Ringens (3.) und Götz (fr. Vp.) und wiederholte Abg. Müller-Sagan belämpfen ebenfalls den Antrag Hammacher, der vom Antragsteller und dem Abg. Gamp vertheidigt wird.

Abg. Singer (Soz.): Die Frage scheint doch noch nicht geklärt, und namentlich weiß der Bundesrat gar nicht, wie er die ihm zu ertheilende Vollmacht ausführen will. Deshalb hat man in der Kommission diese Frage fallen lassen. Die Interessenten haben sich bei den Beschlüssen zweiter Lesung beurteilt. Jetzt wird die Frage plötzlich wieder angeregt. Deshalb sollte man alle Anträge einfach ablehnen.

Geheimrat Hauck: Es ist doch sehr natürlich, daß der Bundesrat an die Modalitäten einer Verordnung noch nicht herangetreten ist, für welche ihm jede geheime Unterlage fehlt. Aber sprachreif ist die Sache; denn in bezug auf den Flaschenbier-Handel wird ein großer Nutzen getrieben, der durch Angabe des Inhalts auf den Flaschen befehligt werden kann. Zweifelhaft ist nur noch die angemessene Fehlergrenze.

§ 5 wird nach dem Antrage Mörike unter Ablehnung des Antrages Hammacher angenommen.

Bei § 8, welcher sich gegen den Missbrauch eines Namens, einer Firma u. s. w. richtet, erklärt auf eine Anregung des Abg. Hammacher der Geheimrat Hauck, daß auch die missbräuchliche Verwendung des Pfändungsrechts eines Schriftstellers strafbar sei.

§ 8 wird angenommen.

Bei § 9: Vertrag der Geschäftsgemeinschaft erklärt.

Abg. Singer (Soz.): Aussichtslose Anträge zu wiederholen liegt nicht in unserer Absicht. Es ist eine kompakte Majorität gestichert für den § 9, die in dem Glauben, Treue und Geduld innerhalb des Handels zu schützen, Vorschriften erlässt, welche die Handelsangestellten unter das fraustete Ausnahmegesetz stellen. Bedenken muß ich aber mit meinen Freunden, daß die Festhaltung des § 9 es uns unmöglich macht, in der Gesamtabschaffung für dieses Gesetz zu stimmen. Das ist uns um so bedauerlicher, als das Gesetz uns an sich sympathisch ist und wir uns in der Kommission bemüht haben, es so zu gestalten, daß es den berechtigten Anforderungen entspricht. Der § 9 schafft eine Interessenungleichheit, da er die Unternehmer und Prinzipale wegen der gleichen Mängel nicht unter dieselbe Strafe stellt wie die Angestellten. Solange die unter dem Namen "Konkurrenzklause" bekannten schamlosen Verträge geschlossen werden, haben wir um so weniger Veranlassung, einem Gesetz zu

zustimmen, durch welches die Handelsangestellten mit doppelten Nutzen geübt werden, nun noch vor den Strafrichter gestellt und eventuell mit 6 Monaten Gefängnis bedacht werden können. Während der ersten und zweiten Lesung, als von allen Seiten dieses Hauses und von den verbündeten Regierungen solche Verträge energisch und deutlich verurtheilt wurden, haben die Herren Unternehmer sich nicht geniert, solche Verträge ruhig weiter zu schließen. Noch am 16. März 1896 hat die Firma Franz Kluth, rheinische Gummiwarenfabrik zu Köln-Nippes ihre Beamten gezwungen, unter Androhung sofortiger Entlassung einen Briefes zu unterschreiben, durch welchen sie sich bei 10 000 M. Konventionalstrafe verpflichteten, weder in Deutschland noch in Österreich in einer bestimmten Zeit in ein Konkurrenzunternehmen einzutreten oder ein solches zu errichten. Die ökonomisch abhängigen Handelsangestellten müssen sich natürlich, wenn sie nicht verhungern sollen und auf das Pfaster fliegen wollen, den widersinnigsten Bestimmungen unterwerfen. Von Vertragsfreiheit kann da gar keine Rede sein, und jetzt will man die Handelsangestellten vollends den Ausbeutern ausliefern. Der Herr Staatssekretär des Innern, den ich zu meinem Bedauern nicht auf seinem Platz sehe, hat in der zweiten Lesung meine Beschwerde, daß man nicht auch aus den Kreisen der Handelsangestellten Experten zu den Vorbereitungen für diesen Gesetzentwurf zugezogen, als unbegründet bezeichnet. Am 18. Dezember, bei der ersten Verhandlung dieses Gesetzes, hat er aber auf denselben Vorwurf geantwortet: "Der Herr Abg. Singer hat sich darüber beklagt, daß kein besonderer Vertreter des Handlungsgesellschaftsstandes zu den Vorbereitungen über den Entwurf zugezogen wurde. Das ist richtig, das ist nicht geschehen; mit demselben Recht wie die Handlungsgesellschaften hätten wir aber zahlreiche andere Interessengruppen ebenfalls zugelassen können". Das ist doch ein Widerspruch. Die zuletzt citierte Antwort des Staatssekretärs ist wohl die richtige. Man hat es nicht für nötig gehalten, Vertreter der Handelsangestellten zu hören, während doch gerade aus ihrer Haut nachher die Namen geschält werden sollen. — Nach diesen Erfahrungen werde ich künftig Behauptungen des Herrn Staatssekretärs vorsichtiger aufnehmen und nicht mehr auf seine Erklärungen hin meine Ansicht zurücknehmen, wie es am 17. April geschah, bevor ich mich allgemein überzeugt habe, daß er im Recht ist. Im vorliegenden Falle bin ich im Recht. Es sollte mich aufrichtig freuen, wenn es und durch Ablehnung des § 9 ermöglicht würde, für das Gesetz zu stimmen. Zu Mischnutz eines Ausnahmegesetzes können wir uns nicht machen. (Wortfall bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Nothe bestreitet, daß eine Klassengesetzgebung vorliege und bezeichnet die Vorwürfe des Vorredners als unbegründet; ein Widerspruch in den Neuerungen des Herrn Staatssekretärs besteht nicht. Bei der Konferenz im Oktober 1894 sind keine Vertreter der Angestellten zugelassen worden. Nachher haben aber zahlreiche mündliche Besprechungen mit Deputationen von Handlungsgesellschaften stattgefunden.

Abg. Bielshaben (Reform-Vp.) bittet um gänzliche Ablehnung des § 9, weil er nicht dem Mittelstande zu gute kommt, sondern nur dem Großbetriebe, der recht gut warten könnte, bis ein besonderes Gesetz vorgelegt wird.

Abg. Jakobskötter (1.): Die Konkurrenzklause hat auf seiner Seite des Hauses einen Freund; das zeigt die Streichung der darauf bezüglichen Bestimmungen. Ein Ausnahmegesetz enthält § 9 nicht. Die Großbetriebe haben diese Bestimmung nicht verlangt, sondern gerade ein Geschäftskollege des Herrn Singer aus Berlin (Hört! rechts).

Abg. Roeren (3.): Auch wir wünschen eine Regelung der Frage der Konkurrenzklause, aber sie gehört in dieses Gesetz nicht hinein.

Abg. Schneider (fr. Vp.) erklärt, daß seine Freunde ebenso wie in der zweiten Lesung gegen § 9 stimmen würden im Interesse der Handelsangestellten.

Abg. Singer (Soz.): Ich habe in der ersten Lesung nicht bloß von der Konferenz im Oktober 1894 gesprochen, sondern ganz allgemein, und dieser allgemeinen Behauptung, als ich sie in der zweiten Lesung wiederholte, hat der Staatssekretär widergesprochen. Einen Geschäftskollegen habe ich nicht, da ich kein Geschäft treibe, und ich kann auch nicht die Verantwortung übernehmen für das, was ein Geschäftskollege gesagt hat. Die Petitionen der Handelsangestellten widerstreiten der ganzen Vorschrift des § 9, sie bezeichnen nur die angewandte Nr. 1 (Verrat des Geschäftsgesetzes) während der Dauer des Dienstverhältnisses) als erträglicher als die gestrichene Nr. 2 (Verrat des Geschäftsgesetzes nach Ablauf des Dienstverhältnisses); sie wollen nicht, daß die Handelsangestellten strafrechtlich verantwortlich gemacht werden, wo jeder andere nur zivilrechtlich verantwortlich gemacht werden kann. Schlechter wird das Gesetz durch Streichung des § 9 nicht.

Nachdem Abg. Bielshaben nochmals gegen § 9 gesprochen, wurde derselbe gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen, Antisemiten und der Abg. v. Stumm und Pauli von der Reichspartei angenommen.

Zu § 10, der den Anstifter zum Verrath eines Geschäftsgesetzes, auch wenn er keinen Erfolg hat, mit Geldstrafe bis zu 2000 M. oder Gefängnis bis zu einem Jahre bestrafen will, beantragt.

Abg. Roeren (3.) die Ermäßigung des Strafmaximums auf 2000 M. oder 9 Monate Gefängnis.

Geheimrat von Eckendorff erklärt sich für diesen Antrag, der sich der Regierungsvorlage (1500 M. und 9 Monate Gefängnis) näherte.

Abg. Singer (Soz.): Der Anstifter, der doch meist ein Unternehmer sein wird, sollte eher strenger als milder bestraft werden als der Verleite.

§ 10 wird nach dem Antrage Roeren angenommen, ebenso ohne erhebliche Debatte die übrigen Paragraphen mit einer redaktionellen Änderung im § 19.

Die Bekanntabstimmung wird für eine spätere Sitzung vorbehalten; die Petitionen werden für erledigt erklärt.

Die vom Abg. Mörike beantragte Resolution, welche bei § 5 mitgetheilt ist, wird angenommen.

Es folgt die dritte Verhandlung der Novelle zum Ge-

meindeschafsgesetz.

In der Generaldiskussion führt

Abg. Schneider (fr. Vp.) aus, daß durch die Hinzuziehung anderer Vereine landrechtlichen Ursprungs in die eigentlich nur auf die Konsumvereine berechnete Vorlage ein gesetzegeberischer Salat von sehr zweifelhafter Schnarchhaftigkeit entstanden sei. Redner wendet sich gegen die Vorwürfe, die man den Konsumvereinen gemacht habe; man wolle wohl überhaupt den Sozialdemokraten eins auswischen. Man sollte nach den lauten Klagen meinet, daß eine ungeheure Vermehrung derselben eingetreten sei, dabei zeige aber die Statistik des Genossenschaftsverbandes, daß die Zahl der genossenschaftlichen Konsumvereine zurückgegangen sei. Die Konsumvereine, über welche man klage, unterstehen meist garnicht dem Genossenschaftsgesetz.

Abg. v. Stumm (Vp.) bestreitet, daß der Kampf gegen die Konsumvereine geführt werde; es werde nur gegen die Auswüchse derselben vorgegangen. Gegen die Sozialdemokraten steht sich die Vorlage nicht.

Abg. Wurm (Soz.): Das letztere ist richtig, aber die Mittelpolitik wird geführt auf Kosten der Arbeiter. Das zeigt besonders der Antrag im sächsischen Landtag, der den Konsumvereinen eine Umsatzsteuer von 3 v. H. neben den anderen Steuern auferlegt. Damit werden die Konsumvereine tot gemacht. Das ist die Konsequenz des ganzen Vorgehens; man betrachtet eben die Konsumvereine überhaupt als einen Auswuchs. Im preußischen Abgeordnetenhaus hat man eine Umsatzsteuer für große Maarenhäuser beantragt, was der Generalsteuerdirektor als gesetzlich nicht zulässig erklärt hat. Wird die Reichsregierung gegen das Vorgehen in Sachsen einschreiten? Wenn die Konsumvereine unterdrückt werden, so wird man allen Parteien den Dank dafür dadurch abstatzen, daß man sich denen zuwendet, welche für die Arbeiter und ihre Konsumvereine eintreten. Die Reichen, die Millionäre, dürfen sich Vortheile verschaffen, aber wenn die Arbeiter dasselbe wollen, dann kommt man mit Ausnahmegesetzen.

Abg. Mehner (3.) bestreitet, daß die Konsumvereine so unschuldig sind, wie Abg. Schneider es darstellt habe.

Abg. Ohann (nall.) bestreitet, daß die Arbeiterkonsumvereine schlechter gestellt würden als die Vereine der Wohlabendenden.

Abg. Sachse (1.): In seinem Einzelstaat sind die Konsumvereine so stark vertreten, wie in Sachsen. Von Landes- und demokratische Agitation getrieben; deswegen ist es ein patriotisches Unternehmen, den Konsumvereinen entgegenzutreten. (Lebhafte Widersprüche bei den Sozialdemokraten.)

Director im Reichstag des Innern v. Wölk: Die verblüdeten Regierungen haben zu den Beschlüssen des Reichstages zweiter Lesung noch keine Stellung genommen; nicht alle Beschlüsse finden die volle Billigung, aber mit Rücksicht auf die kompakte Mehrheit, welche für die Beschlüsse vorhanden ist, werden die verblüdeten Regierungen vielleicht ihre Bedenken zurückstellen.

Abg. Wurm (Soz.): Herr Sachse hat es offen erklärt, daß es gegen die Sozialdemokratie geht, was Herr v. Stumm bestreitet. Die Konsumvereine sind keine sozialistische Organisation; es soll damit nur den Arbeitern wirtschaftliche Vortheile verschafft werden, die sie sich anderweitig nicht verschaffen können. Die Kapitalisten werden nicht getroffen von dem Gesetz, sondern es werden nur die kapitalistischen Vereine getroffen, zu denen aber die größten Kapitalisten nicht gehören.

Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Spezialabstimmung zum Artikel 1 spricht sich Abg. August (Südd. Vp.) gegen die Vorlage aus.

Abg. v. Stumm bleibt dabei, daß die Kommission nicht durch den Kampf gegen die Sozialdemokratie geleitet werden soll, Herr Sachse habe nur von den besonderen Verhältnissen in Sachsen gesprochen.

Daraus wird die Vorlage in allen ihren Theilen und schließlich im ganzen unverändert angenommen.

Es folgt die zweite Verhandlung des Gesetzentwurfs betr. den Abgabentarif für den Nord-Ostsee-Kanal.

Abg. Hahn empfiehlt eine Ermäßigung des Tarifs für die Schiffe, welche den Kanal nicht in seiner ganzen Länge, sondern nur zur Hälfte benutzen und nach Rendsburg fahren.

Abg. Wolfenbüttel (Soz.) bezeichnet es als ungünstig, die Gebühren für die großen Schiffe zu ermäßigen, da diese ohnehin schon den Verkehr zum größten Theil an sich geöffnet haben. Wenn die kleine Schiffahrt vernichtet ist, dann wird man den Klagen derselben nicht mehr abhören können.

Abg. Hammacher (nall.): Ich habe eine allgemeine Ermäßigung der Tarife verlangt, namentlich damit die internationale Schiffahrt den Kanal benutzt.

Abg. Hahn: Die kleine deutsche Schiffahrt wird weniger durch die großen Schiffe als durch die Konkurrenz der dänischen und holländischen Küstenschiffahrt beeinträchtigt. Was hat die Regierung getan zur Berücksichtigung der vom Reichstag zum Schutz der Küstenschiffahrt beschlossenen Resolution?

Geheimrat von Doeckers: Die Seestaaten sind aufgefordert worden, zu untersuchen, ob die Klagen der Küstenschiffahrt berechtigt sind, gleichzeitig sind die Interessenten aufgefordert worden, anzugeben, auf welchem Wege sie sich die Abhilfe denken; denn die verblüdeten Regierungen haben vergeblich nach einer Abhilfe gesucht. Die Vorlage wird darauf unverändert angenommen.

Schluss 6 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Anträge, betreffend Aushebung des Impfzwanges und andere Anträge.)

Aus dem Reichstag.

Der Seniorenkongress hat gestern noch einmal über die in Aussicht stehende Verhandlung des Reichstages beraten. Es wurde davon Mitteilung gemacht, daß die Regierung den Wunsch habe, das Bürgerliche Gesetzbuch noch in dieser Session zur Verabschiedung zu bringen und zu diesem Zweck den Reichstag bis zur Erledigung des Gesetzes zusammenzuhalten. Von den Vertretern aller Parteien, mit Ausnahme des Abg. Mörike, wurde energisch darauf hingewiesen, daß die Absicht der Regierung unausführbar und es unmöglich sei, den Reichstag nach Pfingsten beschlußfähig zu erhalten. Es wurde auf alleiniger Wunsch ausgesprochen, daß der Präsident diese Auffassung in nachdrücklichster Weise zur Kenntnis bringen möge. Ohne die Bekanntabstimmung zu treffen, einige man sich dahin, das vorliegende Material, bis auf die Justiznovelle, möglichst zur Erledigung zu bringen. Man wird zu diesem Zweck noch einige Zeit nach Pfingsten tagen müssen. Dadurch gewinnt auch die Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch Zeit, ihre Arbeiten zum Abschluß zu bringen. Die Pfingstferien beginnen den 18. d. M. und dauern bis zum 2. Juni. Vor Pfingsten sollen noch

Analogie der in der Schweiz und in Russland herrschenden Sitte, ihren Mädchennamen mit dem Familiennamen verbinden zu können. Der Antrag wurde vom Abg. Krausmann (freif.) aufgenommen, gegen die Stimmen des Antragstellers, des Abg. Frohme, der freikonservativen Abgeordneten v. Stumm und Pauli und eines Theils des Zentrums aber abgelehnt. Die Mehrheit der Kommission war durchweg der Ansicht, daß der Ehemann das Recht, ihren Mädchennamen neben dem Familiennamen zu führen, durch den Entwurf nicht unterfragt sei, daß aber zu einer ausdrücklichen Ausführung dieses Rechts kein Bedürfnis vorliege und daß die Führung von Doppelnamen nicht erwünscht sei. Abg. Gröber beantragte, die Bestimmung aufzunehmen, daß auch der Stand des Ehemannes von der Ehefrau getheilt werde. Die Vertreter der Regierung meinten, die Annahme solcher Bestimmung sei entbehrlich und könnte bezüglich des hohen Adels, dessen Vorechte das Einführungsgesetz aufrecht hält, zu Missverständnissen Anlaß geben. Abg. Stadthagen unterstützte den Antrag. Wesentlich sei er nach der Richtung der Alimentationspflicht und beim Scheidungsrecht. Das stand es gemäß der Alimentation dagegen ist, sagt der Entwurf selbst. Bei den Scheidungsgründen siehe es dem Richter nach der jüngsten Gestaltung des Entwurfs leider frei, in Übereinstimmung mit der seltsamen Indikatur des Reichsgerichts bei Abwägung der Verfehlungen auf den Stand Rücksicht zu nehmen. Endlich sei die Einrichtung der morganatischen Ehe durch solche Vorschrift zu treffen, dies Institut überhaupt zu bestätigen. Die morganatische Ehe sei ursprünglich nichts weiter als das gesetzlich anerkannte Vorrecht des hohen Adels, neben seiner standesgemäßen Ehefrau eine andere „zur linken Hand“ sich antragen zu lassen. Dies Institut verdanke wesentlich der Bestrebung seine Entstehung, die außerordentlich ausgedehnten Maitressenwirtschaft des hohen Adels im Interesse des Adels selbst einzuschränken. Sei in Preußen auch die morganatische Ehe nicht mehr als Doppeltheile zugelassen, so lasse das Landrecht doch noch mit Genehmigung des Landesherrn die Eingabe einer „Ehe zur linken Hand“ seitens eines Hochadeligen mit einem Mädchen aus „niederen Ständen“ zu. Bei solcher Ehe werde anständlich durch gültigen Vertrag dem Mädchen verwehrt, in die Familie und den Stand des Mannes zu treten. Im Grunde sei also solch Verhältnis denkbar wie von einer Ehe entfernt, es sei ein Vertrag der Gemeinschaft, nicht der Lebensgemeinschaft und könne eben als Konkubinat bezeichnet werden. Abg. v. Buchta und Vertreter der Regierung wendeten sich dagegen, daß die morganatische Ehe Konkubinatscharakter trage und bekämpften auch lebhaft den Antrag Gröber. Derselbe fiel gegen die Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und einiger Ultramontanen. Die Frage, ob die morganatische Ehe überhaupt beizubehalten sei, kommt erst bei Art. 56 des Einführungsgesetzes zur Entscheidung. §§ 1889 und 1840 des Entwurfs lauten:

§ 1889: „Die Frau ist, unbeschadet der Vorschriften des § 1837, berechtigt und verpflichtet, das gemeinschaftliche Haushaben zu leiten. Zu Arbeiten im Haushaben und im Geschäft des Mannes ist die Frau verpflichtet, soweit eine solche Tätigkeit nach den Verhältnissen, in denen die Ehegatten leben, üblich ist.“

§ 1840: „Die Frau ist berechtigt, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten. Rechtsgeschäfte, die sie innerhalb dieses Wirkungskreises vornimmt, gelten als im Namen des Mannes vorgenommen; wenn nicht aus den Umständen sich ein anderes ergibt. Der Mann kann das Recht der Frau beschränken oder ausschließen. Stellt sich die Beschränkung oder die Ausschließung

als Missbrauch des Rechtes des Mannes dar, so kann sie auf Antrag der Frau durch das Vormundschaftsgericht aufgehoben werden. Dritten gegenüber ist die Wehrdankung oder die Ausschließung nur nach Maßgabe des § 1418 wirksam.“

Velden bestimmen stimmt die Kommission zu. Insbesondere § 1889 ist lediglich dekoratives Beiwerk, da nach dem Entwurf bei Streitigkeiten der Mann entscheidet. § 1841 regelt die Rechtsstellung der Ehefrau und für ihre Erwerbsmöglichkeit höchst bedeutende Frage, ob der Ehemann das Recht haben soll, seiner Frau zu untersagen, Dienst- und Arbeitsverhältnisse ohne seine Genehmigung einzugehen. Das preußische Landrecht bestimmt in § 196 II, 1: „Ohne Einwilligung des Mannes kann die Frau keine Verbindung eingehen, wodurch die Rechte auf ihre Person getroffen werden.“ In ähnlicher Weise beschreibt das Bürgerliche Gesetzbuch für Sachsen (§ 1688) das Verfügungsberecht der Ehefrau. Er bestimmt: „Eine Ehefrau bedarf zu allen Rechtsgebieten, durch welche sie nicht lediglich erwirkt, der Einwilligung ihres Ehemannes.“ In ähnlicher Weise wird die Erwerbsmöglichkeit der Ehefrau nach der Rechtsprechung in fast allen Gebieten Deutschlands gebemmt. Die ökonomische Entwicklung und die Notwendigkeit ökonomischer Selbständigkeit für unendlich viel Frauen hat im Verfach diese papieren Schranken der Erwerbsmöglichkeit zum großen Theil beseitigt; aber der bestehende Rechtszustand hat dennoch zu einer außerordentlichen Chancen der Frau durch die angeführten Hemmparagraphen geführt; der Entwurf für das Bürgerliche Gesetzbuch will diese mit der Freiheit der Frau unverträglichen Hemmnisse zu Gunsten des Ehemannes verlängern und enthält nur ein praktisch völlig verhältnisloses Recht der Ehefrau, die Hilfe des Richters in Anspruch zu nehmen. Er schlägt als § 1841 vor:

„Hat sich die Frau einem dritten gegenüber zu einer von ihr in Person zu bewirkenden Leistung verpflichtet, so kann der Mann das Rechtsverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, es sei denn, daß er der Verpflichtung zugestimmt hat oder seine Zustimmung auf Antrag der Frau durch das Vormundschaftsgericht ersehen worden ist. Das Vormundschaftsgericht kann die Zustimmung ersezten, wenn der Mann durch Krankheit oder durch Abwesenheit an der Abgabe einer Erklärung verhindert und mit dem Aufschluß Gefahr verbunden ist, oder wenn die Verweigerung der Zustimmung sich als Missbrauch seines Rechtes darstellt. Die Zustimmung sowie die Kündigung kann nicht durch einen Vertreter erfolgen; ist der Mann in der Geschäftsfähigkeit behindert, so bedarf er nicht der Zustimmung seines geschäftlichen Vertreters. Das Kündigungsrecht des Mannes ist ausgeschlossen, solange die häusliche Gemeinschaft aufgehoben ist.“

Dadurch würde einer Frau von einem unverhältnismäßigen, verkommenen, eigenwilligen oder herbstsässigen Ehemann die Möglichkeit, durch Dienst- oder Arbeitsverhältnisse irgend einer Art für sich und die Kinder das Notwendige zu beschaffen, unzweckmäßig erscheint, ja fast genommen werden können. Die Frauen sind mit recht über diese Bevormundung in höchstem Grade aufgebracht. Mehrere Petitionen — darunter eine mit 21 000 (nicht aus Arbeiterkreisen herrührende) Unterschriften bedecken es befinden sich die Namen von Männern und Frauen aus konservativem, nationalliberalen, freisinnigem Lager und Namen hervorragender Gelehrten, Künstler und Schriftsteller darunter — haben sich deshalb auch gegen diese Bestimmung gewendet. Freiherr von Stumm bat auf diesem Gebiete so viel sozialpolitische Einsicht bekundet, daß er entsprechend dem in den Petitionen zum Ausdruck gebrachten Begehr folgende Bestimmung anstelle des § 1841 vorschlug:

Die Ehefrau ist berechtigt, ohne Einwilligung ihres Mannes einen selbständigen Beruf oder Gewerbe zu betreiben und sich Dritten gegenüber zu einer von ihr in Person zu bewirkenden Leistung zu verpflichten. Geweist sich solche Thätigkeit der Ehefrau als eine Schädigung der ehelichen oder Familieninteressen, so kann ihr die Fortsetzung derselben auf Antrag des Mannes vom Vormundschaftsgericht unterfangen werden. Auf Grund einer diesbezüglichen Verfügung des Vormundschaftsgerichts ist der Mann berechtigt, das Rechtsverhältnis, durch welches seine Frau sich zu einer in Person zu bewirkenden Leistung verpflichtet hat, unter Einhaltung einer vom Vormundschaftsgericht zu bestimmenden Frist zu kündigen.“

In der sehr lebhaften Debatte begründet der Antragsteller diesen Antrag unter Aufrechterhaltung des von ihm vertheidigten, von der Kommission gebilligten Grundsatzes, daß der Mann das Haupt der ehelichen Gemeinschaft sei, aus städtischen und ländlichen Gründen. Die Regierungsvertreter halten die Bestimmung des Entwurfs aufrecht, anerkennen aber teilweise die Nächtheit einer Missabredenbestimmung für die Frau, die in der Regel erwerbsfähig ist. Die Konservativen und Nationalliberalen treten dem Antrag entgegen. Die Herren von Gau und von Bemmelen malen als Schreckgespenst an die Wand, daß eine Ehefrau ohne Einwilligung ihres Mannes dann ja als Schauspielerin auftreten könnte und daß erst nach dem Auftreten der Mann richterliche Hilfe anrufen könnte. Abg. Stadthagen hält dem entgegen: „Unrecht könnte er in dem Schreckensphantom so etwas Ungehöriges nicht erblicken. Die Herren hätten einander doch vorher kennen gelernt, und wie sie es denn umgelebt, wenn der Ehemann gegen den Willen der Ehefrau als Schauspieler auftreten, als Valet sich in den Dienst einer schönen Witwe begeben, langjährige Schiffsdienste nehmen wollte; da bedürfe er doch auch nicht der Genehmigung seiner Frau. Die Herren hätten überdies immer nur die Hölle vor Augen, wo es sich um ganz vereinzelt dastehende Marotten in wohlhabenden Familien hande. Sollen die oder soll der große Kreis der erwerbsfähigen Frauen bei der Fixierung der Rechte maßgebend sein? Der Antrag v. Stumm lasse ja leider in Ablehnung an den zu § 1887 des Entwurfs gesetzten Beschluss zu, daß der Ehefrau die Thätigkeit unterfangen werden könnte, wenn sie zu einer Schädigung der ehelichen oder Familieninteressen führe, während der Frau solch Unterfangungsrecht dem Manne gegenüber nicht zusteht. Der Antrag v. Stumm bedeute aber sowohl durch die Umkehr der Beweislast, wie durch das Erfordernis der Notwendigkeit der Einhaltung einer Kündigungsfrist und durch die praktischere Fassung einen ganz erheblichen Fortschritt gegenüber dem Entwurf.“ Aus der Praxis führt Stadthagen eine Reihe von Fällen an, in denen die Verfügungsberechtigung der Ehefrau zu städtischen und sozialen Schäden geführt hat. Abg. Krausmann (freif.) tritt gleichfalls lebhaft für den Antrag v. Stumm ein. Abg. Bachem will aus der städtischen Natur der Ehe einen Vorzug des Entwurfs vor dem Antrag v. Stumm ableiten, mit anderen Worten: das Unterhängenverhältnis der Frau kommt in der Vorstufe des Entwurfs krasser zum Ausdruck. Abg. Gröber hat beantragt, ganz allgemein zu bestimmen: „Die Frau darf, so lange sie in häuslicher Gemeinschaft mit dem Manne lebt, nicht ohne Einwilligung des Mannes ein Erwerbsgeschäft selbständig betreiben.“ Eine folgerichtige Paraphrasierung von Moses, Buch 1 Kap. 3 Vers 16: „Und er soll Dein Herr sein.“ Die Abstimmung wurde auf Freitag um 10 Uhr vertragt.

Arbeiter, berücksichtigt bei Einkäufen die in der Leipziger Volkszeitung inserierenden Geschäftslente.

Kolossale Auswahl. Peinlichste Reellität.

Nur Neuheiten.

Prachtvolle Façons. Feinste Qualitäten.

Es existiert in Leipzig kein Geschäft, welches zu diesen

Fitz-Hüte

a. & 1.—, 1.50, 2.—, 2.50.

thatsächlich

enorm billigen Preisen 29|31 Reichsstrasse 29|31

verkaufen kann.

Magazin zum Pfau

Inh.: Karl Zeumer

nächst dem Brühl.

Das Magazin garantiert vorzügliches Tragen für jeden Hut.

Südvorstädtische Möbelhalle

empfiehlt vollständige Möbel-Ausstattungen vom einfachsten bis zum feinsten unter Garantie zu außerordentlich billigen Preisen! [1056] Ecke Arndtstr.

Karl Sänger, Tapezierer, Südstr. 9,

Achtung!

Grösste Auswahl sämtl. Schuhwaren zu billigsten Preisen.

Deutsche Schuhfabrik

vormals G. Markus & Comp. Gen. m. besch. Haftpf.

Filiale: Leipzig, Zeitzer Str. 37.

Herren- und Knaben-Hutlager

Damen- und Mädchen-Strohhüte, garniert und ungarniert, sämtliche Putzartikel, Regen- und Sonnenschirme, Schuhe, Hosenträger, Leinen-, Gummie- und Papierwäsche empfiehlt in bekannt großer Auswahl.

Ernst Dietrich, Connewitz, Lange Str. 42.

Hüte mit Kontrollmarke. Konsummarken werden in Zahlung genommen.

Die Fleischerei und Wurstfabrik

von

[2667]

Bruno Kutzscher

L.-Neureudnitz, Stötteritzer Straße 14

empfiehlt dem geehrten Publikum seine

ff. frischen u. geräuch. Fleisch- u. Wurstwaren

zu den bekannt billigen Preisen.

NB. Jeden Dienstag und Freitag von mittags an **frische Wurst.**

Weine u. Getr., Anzüge, Hosen jeder Größe 40 getr. Uhren f. Herren u. Dam. kaufen man am billigst. Sternwartenstr. 45 v. 5 M. an verkauft mit Garantie Uhr bei Bergner. Uhren von 5 M. an, [4124] machen Güte, Neumarkt 19. [4123]

Specialität.

Große Fleischergasse 5.
Kurprinzstr. 4.



Großartige Auswahl, anerkannt reelle Ware, auch mit Kontrollmarke.

? Wer?

selinen Fußboden streichen und sich viel Vergnügen und Verdruss ersparen will,
der kaufe sich

die fachmännisch zubereiteten, halbgekochten, schnell trocknenden und nicht nachlebenden Fußbodenfarben bei den alten Praktiken

H. Schumann

E.-Volkmarisdorf, Elisabethstr. 2
gegenüber der 16. Bezirkschule.
Altenbekannteste bill. Bezugsquelle für
alte Streichmaterialien, Farben, Druckerei
und Chemikalien.

Möbel, Lindenau, Marienstr. 28, p.



2. Beilage zu Nr. 105 der Leipziger Volkszeitung, freitag den 8. Mai 1896.

Mitsände bei der Großen Leipziger Straßenbahn.

Der Betrieb der elektrischen Straßenbahn geht zu manchen lebhaften Klagen im Publikum Veranlassung. Die Verbesserung der Fahrt und die größere Bequemlichkeit der Wagen hat, wie mit Sicherheit vorausgesessen war, eine starke Steigerung der Frequenz herbeigeführt, der sich die Straßenbahn in keiner Weise gewachsen zeigt. Am Sonntag abend z. B. musste das wartende Publikum in der Nähe des Neuen Theaters 14, sage und schreibe: 14 völlig besetzte Wagen vorbeigehen lassen, ehe eine Möglichkeit zur Mitsahrt geboten war. In gewöhnlichen Tagen ist es in der Zeit lebhafteren Verkehrs schon zur Regel geworden, daß man 3 oder 4 Wagen vorbeifahren lassen muß. Dadurch werden aber im besonderen auch die Abonnenten der Straßenbahn, die auf regelmäßige Fahrten rechnen müssen, auf das empfindlichste geschädigt. Mit der Neuheit der Sache kann sich die Direktion unseres Trächters nicht entschuldigen, da sie die Pflicht gehabt hätte, die Betriebsmittel vor Eröffnung der Bahnen in genügender Menge zu beschaffen. Warum übrigens nicht, wie auf der Konkurrenzlinie, mit Anhängewagen gefahren wird, ist unerfindlich. Das ist ja gerade der wesentlichste Vorzug des elektrischen Betriebes, daß man Bütte bilden kann. — Auch in Kleinigkeiten, wie in dem Ansehen der Richtungsschilder, wird nicht mit rechter Sorgfalt verfahren.

Es wäre sehr zu wünschen, daß die Direction mit aller möglichen Beschleunigung für die Abstellung der Mitsände sorgen wollte. Die Straßenbahn ist für das Publikum, nicht das Publikum für die Straßenbahn da.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 8. Mai.

Zur Berichterstattung über die Sitzungen des Leipziger Stadtverordnetenkollegiums. Wenn es eines Beispiels dafür bedürft hätte, in wie — gelinde ausgedrückt — mangelhafter Weise die bürgerliche Presse über die Sitzungen des Stadtverordnetenkollegiums zu berichten versteht, der gestrige Tag hätte es erbracht. Es ist den Herren Berichterstattern allerdings zu gute zu halten, daß es sich bei der Frage, die am letzten Mittwoch am Naschmarkt verhandelt wurde, zu einem guten Teil mit um ihre eigenen Leistungen handelte, über die vorher von einem nicht sozialdemokratischen Mitgliede der Ausschüsse ein geradezu vernichtendes Urteil gefällt worden war. Die gestrige Berichterstattung der bürgerlichen Presse über den Teil der Verhandlungen vom letzten Mittwoch, der die Veröffentlichung der Protokolle der Stadtverordnetensitzungen bestraf, stellt sich gewissermaßen als eine Art Streit dar, der in persönlichen Gefühlen der Herren Berichterstatte zu hinreichende Erklärung finden mag. Den Vogel hat dabei in seiner gestrigen Morgennummer das Leipziger Tageblatt abgeschossen, durch dessen Aufgehnern die ganze Angelegenheit erst zur Diskussion gestellt wurde. Das Tageblatt hält an die Mitteilung der uns gestern abgedruckten Ausschusstanträgen und des ebenfalls erwähnten Auftrages frisch folgende lakonische Bemerkung:

Die Debatte über diesen Punkt war übrigens eine reinlich eingehende. Sie ergab nur das eine Resultat, daß die Einführung der stenographischen Berichte zu großen Verzögern im Verkehr zwischen den Stadtverordneten und dem Rate beeinträchtigt, sondern die vom Leipziger Tageblatt beliebte Einstellung des Abdrukkes der Stenogramme, die im Gegensatz zu einer gegebenen Versicherung fälscher erfolgte, als das Kollegium sich über den vom Tageblatt gestellten Entschädigungsanspruch schlüssig gemacht haben konnte.

Ein weiteres Pröhren seiner gewissenhaften Berichterstattung liefert das Tageblatt in seiner gestrigen Abendnummer, in der es gegen einzelne Stadtverordnete, die am Mittwoch in der obigen Angelegenheit das Wort ergriffen, polemisiert. Es schreibt da u. a.:

Herr Nebekant Pöllendorf (von der Leipziger Volkszeitung) stelle das Tageblatt als ein „Vorbild der Geberlichkeit“ hin, weil 18 200 Mk. gefordert worden wären, wenn die stenographischen Berichte auf besserem Druckpapier, und 18 200 Mk., wenn sie auf gewöhnlichem Druckpapier als Extrablatt zum Tageblatt gegeben werden sollten. Auch die Forderung von 4000 Mk. für den Fall, daß die stenographischen Berichte nur in 250 Exemplaren dem Stadtverordneten-Bureau geliefert, ein abgeschrägter Bericht aber im Tageblatt erscheinen sollte, hält Herr Pöllendorf für zu hoch.

Wir sind in der Lage, erklären zu können, daß Herr Pöllendorf von dem vorstehenden einzig und allein den ersten Satz gesprochen hat, von alledem aber, was ihm der Bericht-

ersteller des Leipziger Tageblattes in den Mund legt, auch nicht ein einziges Wort gesagt hat. Für ihn war der Gedanke, die Stenogramme über die Stadtverordnetensitzungen als besondere Beilage den Tagesblättern beizulegen, überhaupt nicht diskutabel, er hat vielmehr von Anfang an die Ansicht vertreten, daß die Stenogramme in den Spalten der Zeitungen oder als eine an sich zwar gesonderte, aber mit den übrigen Teilen der Zeitungen gleichzeitig zu druckende Beilage erscheinen müßten. Und diesen Zweck hat der am Mittwoch zur einstimmigen Annahme gelangte Ausschusstantrag 5 in Auge, der alle Leipziger Tageszeitungen in den Stand setzt, ihren Besitzer die Stenogramme zu übermitteln, ohne daß ihnen dadurch übermäßig Kosten entstehen, da ihnen die Saftosten erspart bleiben.

Soviel zur sachlichen Richtigstellung. Um zu zeigen, wie notwendig es ist, in der vorbezeichneten Richtung eine Änderung herbeizuführen, citieren wir noch die geradezu klassischen Berichte zweier anderer bürgerlicher Blätter. Die Leipziger Neuesten Nachrichten lassen sich wie folgt vernichten:

An die Vorlage schloß sich übrigens eine fast endlos lange Debatte, welche haarscharf bewies, daß die Veröffentlichung stenographischer Berichte über die Stadtverordnetensitzungen absolut überflüssig ist.

In trauter Übereinstimmung mit dem vorgenannten Blatte schreibt der Generalanzeiger:

Es entspann sich über diese Angelegenheit eine sehr lange und fruchtbare Debatte, auf deren Wiedergabe wir verzichten und ander nur das eine klar hervorheben, daß die Veröffentlichung der langen stenographischen Berichte im großen und ganzen als völlig überflüssig erachtet wurde.

Gegen das Reichstagswahlrecht führt das Leipziger Organ der sächsischen Regierung, die Leipziger Zeitung, unentwegt den Kampf weiter, in der offenen ausgesprochenen Meinung: steiter Tropfen höhlt den Stein. Um den Parlamentarismus wenigstens zu beschränken, ist das Blatt auf den Einfall gekommen, auch für den Reichstag die zweijährige Legislaturperiode einzuführen.

Zweijährige Legislaturperioden würden hier so gut durchführbar sein, wie in den Einzelstaaten, z. B. in Sachsen, wo den Landtagssitzungen trotz der im Durchschnitt geringeren Wichtigkeit der Verhandlungsgegenstände von der Bevölkerung von Anfang bis zu Ende ungleich mehr Interesse entgegengebracht wird, als den Reichstagdebatten.

Die Klusschneiderei des Blattes, daß die sächsischen Landtagssitzungen mehr Interesse einflößen, als die des Reichstags, ist geradezu unbegreiflich. Ja wohl, das Interesse ist so stark, daß die sächsischen bürgerlichen Blätter die ganzen Landtagssitzungen mit wenigen Zeilen abhören können, die wohl auch nicht einmal gelesen werden. Selbstverständlich genügt dem Regierungsbüro, aber die Einschränkung des Reichstags durch zweijährige Legislaturperioden nicht.

Des Nebels letzter Grund freilich wird immer das allgemeine und gleiche Wahlrecht bleiben. Dieses System, daß die Entscheidung über die Geschicke des Reichs in die Hände der uralten Fäuste legt, muß schließlich jedes Parlament zu einer Volksversammlung herabwürdigen, den Ton der Parlamentsreden auf das Niveau solcher Versammlungen herabdrücken und den Reichstag selbst zum Agitationsschauplatz für die nächstfälligen Wahlen degradieren. Die Reichstagsmehrheit vom 28. März v. J., die die Wurzel ihrer Existenz in dem allgemeinen Wahlrecht und in dem darauf fußenden Parlamentarismus, der „zum Fenster hinaus spricht“, findet, wird diesen Vorschlag freilich a limine abweisen; das wird uns aber nicht hindern, ihn immer wieder zu erneuern. Der Tropfen höhlt den Stein.

Alle diejenigen, die in der Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts geradezu eine Lebensfrage für das Volk und ein Fundament für die Möglichkeit einer gebundenen, friedlichen Weiterentwicklung sehen, werden hoffentlich durch Auslassungen wie die der Leipziger Zeitung zu immer milder, reger angestrengter Wachsamkeit angehort.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten drucken heute aus der Germania einen Angriff gegen den Berliner Vorwärts ab, weil letzterer den Konflikt in der Habschischen Genossenschaftsdruckerei totgeschwiegen habe. Dass der Vorwärts inzwischen den Habschischen Konflikt in mehreren Nummern in langen Artikeln behandelt und verurteilt hat, verschlägt dem sauberen Leipziger Blatte gar nichts. Mit Wolfsgrau fürzt es sich über alles her, mit dem es der Sozialdemokratie etwas am Beuge zu flicken vermeint.

Einen neuen Beitrag für die Gießenden Blätter liefert in der Donnerstagssummer der Neuesten Nachrichten Herr Arthur Godebusch, den jüngst sein Kollege P. A. Wolff in den Dresdener Nachrichten als maßgebenden Kritiker Leipzigs feierte. Es heißt da in der Besprechung von Cäsar Flaischens Martin Lohnhardt:

Eine direkte Unklarheit schafft der Dichter am Ausgange des Stükcs für die Beurteilung des Verhältnisses zwischen dem jungen

und nur an der Schwäche des gelebten Mannes und — an der Macht der alten, stillischen Werte zu Grunde geht! Man muß Fr. Niechers als Nebekant gelieben haben, um den unübersehbaren Bauber, der von diesem Überweile ausgeht, begreifen zu können. Die gestrige Vorstellung stand sonst nicht auf der Höhe der bisherigen Leistungen des Ensembles. Dem ersten Akt fehlte die Stimmung. Der Souffleur machte sich oft recht lästig bemerkbar, um dem Gedächtnis der Darsteller nachzuhelfen, und trocken kamen zahlreiche Versprechungen vor, so namentlich bei Herrn Walbenhar, der den Schwäbischen Rossmann sonst prächtig charakterisierte. Am besten gefiel mir der Peter Mortensgard des Herrn Arno Olden, der die gebrückte und schlichte Überzeugungskraft des ehrlichen „Gezeichneten“ mit schlichter Natürlichkeit widerspiegelt. Dagegen war der Ulrich Brendel des Herrn Eisner ein großer Mißgriff: der ideale Alloholff mit der punzenden Hand hat viel mehr Humor. Herr Piort als Nestor Kroll war ein exiter orthodoxer Eiserer, und Frau Schmidt-Riggeno als Frau Helschek verdarb nichts. Der Befall steigerte sich von Akt zu Akt, und am Schlus wurde namentlich Fr. Niechers, deren bereites Mienenspiel beim Schlußbekanntnis und in der Abschiedsszene ein Muster moderner Schauspielkunst war, vom Publikum stürmisch gefeiert.

r.t.

Neben die Gunnichen von Cairo hat ein englischer Nestor interessante Beobachtungen gemacht. Er findet, daß die an ihnen vollzogene Verstümmelung namentlich auf die Entwicklung der Extremitäten stark einwirkt. Ungeheuer lange Arme und Beine setzen bei ihnen die Regel, man finde unter ihnen häufig Menschen von zwei Meter Höhe, bei denen der Rumpf jedoch verkürzt ist. Die gleiche Beobachtung könne man bei Ochsen und Kapaunen machen, deren Gestalt weit schlanker sei, als die der Bullen und Stiere, deren Gestalt weit schlanker sei, als die der Bullen und Hähne.

Lehnhardt und der Justizratin. Das Publikum kann hier zu beobachtung geführt werden, es liege ein sinnliches Liebesverhältnis zwischen beiden vor, während der Dichter doch wohl nur an ein ideales Verhältnis des 20-jährigen Studenten zu der 17 Jahre älteren, im übrigen verheirateten Dame gedacht hat, an ein Verhältnis wie zwischen Sohn und Mutter oder Freund und Freundin. Auch deutet im Verlaufe des Stükcs sonst nichts auf eine Sinnlichkeit dieses Verhältnisses.

Wirklich? Herr Arthur Godebusch, dessen reines Kinderherz gemüt und verdorbene Kreaturen zu Thränen röhrt, möge sich doch bei dem schlichten Landarbeiter Blümlinger des näheren erkundigen. Denn der hat es auch bemerkt, daß zwischen den beiden was los ist, und zwar ohne daß er, wie gewisse Kritiker, die intimen Auseinandersetzungen zwischen Frau von Ohlen und Martin über die Geldsorge beigevocht hat.

Die Abonnementspreise auf der mit elektrischem Betrieb versehenen Linie Göhlis-Connewitz haben nunmehr auch eine Änderung erfahren. Es kostet das Abonnement: a) für die Strecken zu 3 Kilometer (Connewitz-Hohe Straße, Kreuz-Universitätsstraße, Hardenbergstraße-Blücherplatz, Hohe Straße-Nordplatz, Universitätsstraße-Kirche Göhlis und Blücherplatz-Göhlis) auf ein Jahr 50 Mk., auf 6 Monate 28 Mk., auf 3 Monate 15 Mk.; b) für die Strecken zu 4 Kilometer (Connewitz-Universitätsstraße, Kreuz-Blücherplatz, Hardenbergstraße-Nordplatz, Hohe Straße-Kirche Göhlis und Universitätsstraße-Göhlis) auf ein Jahr 62 Mk., auf 6 Monate 34 Mk., auf 3 Monate 18 Mk.; c) für die Strecken zu 5 Kilometer (Connewitz-Blücherplatz, Kreuz-Nordplatz, Hardenbergstraße-Kirche Göhlis und Hohe Straße-Göhlis) auf ein Jahr 75 Mk., auf 6 Monate 40 Mk., auf 3 Monate 21 Mk.; d) für Strecken über 5 Kilometer auf ein Jahr 100 Mk., auf 6 Monate 55 Mk., auf 3 Monate 30 Mk. Wie ersichtlich, hat die Herausgabe der Abonnementspreise mit denjenigen der Einzelfahrpreise nicht gleichen Schritt gehalten.

Bei der Firma Albert Böhne, Fichtestraße, haben fünf Gläser wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Sollten die Gläser in den Streik treten wollen, so will sich der Herr Prinzipal mit Tischlern behelfen. Die Tischler mögen deshalb auf ihrer Hut sein.

Eine heute vormittag abgehaltene Versammlung der streikenden Schuhmacher, von nur 25 Mann besucht, stellte fest, daß noch 31 Streikende am Platze seien. Eine definitive Beschlusssfassung über die weiteren Maßnahmen betr. Ausarbeiten oder Beendigen des Streiks soll auf Montag verschoben werden. Never die Exner'sche Werkstatt soll die Sperrung verhängt werden.

Fahrverkehr. Wegen Herstellung der Wasserleitungsanlage wird der Brühl in seiner Ausdehnung von der Gaiestraße bis zur westlichen Seite der Blauenstraße bez. Katharinenstraße vom 8. bis 12. Mai, ab auf die Dauer der Arbeiten für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.

50 Mark Belohnung sichert das Polizeiamt demjenigen zu, durch dessen Hilfe die Ermittlung und Festnahme zweier Burschen im Alter von 20—25 Jahren gelingt, die im Verdacht stehen, im Laufe des letzten Halbjahrs namentlich in der Ostvorstadt eine Reihe von Diebstählen ausgeführt zu haben.

Wegen mangelnder Abstaltung geriet gestern mittag in einer Ausschachtung an einem Neubau der Mittelstraße zu Stötteritz eine Erdmauer ins Rutschen, wobei drei Arbeiter in Gefahr kamen. Zwei von ihnen vermochten sich rechtzeitig zu retten, während der dritte, der Maurer B., eine Durchsetzung und eine Verstauchung des linken Fußes erlitt. Der Verunglückte kam in ärztliche Behandlung. — Im hiesigen Krankenhaus fand ein 20jähriger Dienstknabe Aufnahme, den ein Pferd gegen den Unterschenkel geschlagen hatte.

Tödlich verunglückt. Gestern abend stürzte in der Villenstraße zu Stötteritz eine Frau eine halbe Treppe hinab. Obwohl ein Arzt bald zur Stelle war, trat nach 20 Minuten der Tod infolge einer Gehirnerschütterung ein.

Leichenfund. Aus dem Esserflüß bei Wahren wurde gestern vormittags der Leichnam eines unbekannten Mannes gezogen und später in die Anatomie gebracht. Der Mann mag in den 30er Jahren gestanden haben und war u. a. mit schwarz und grau farbiertem Anzug bekleidet.

Einen Selbstmordversuch beginnt ein in der Brandvorwerksstraße wohnhafter Arbeiter dadurch, daß er verblutete Schwefelsäure trank. Der Unglücksliche wurde in einem Grundstück der Lößniger Straße aufgefunden und darauf mittels Droschke ins Krankenhaus gebracht.

Verhaftet wurde ein 17 Jahre alter Stallbursche aus Leipzig, der zwei teure Pferde eines Fuhrwerksbesitzers mit der Dillingergabel in die Weichteile gestochen hatte, sowie ein Handelsmann aus Zobelsdorf in Galizien, der wegen schweren Diebstahls von der Polizeidirektion in Wien steckbrieflich verfolgt wurde und hier durchpassierte, um sich durch Auswandern der Bestrafung zu entziehen.

Wegen Verbrechens gegen das leimende Leben wurde ein hiesiger 33-jähriger Fahntechniker und sein 21-jähriges, aus Gramisch gebürtiges Dienstmädchen in Haft genommen. Beide Personen sind bereits an die Staatsanwaltschaft abgeliefert worden.

Jugendliche Männer. Zwei im 14. Lebensjahr stehende Knaben, die bereits wegen eines begangenen Diebstahls von der Polizei gesucht wurden, fielen gestern abend in Bindenau der Behörde in die Hände, als sie einen sechsjährigen Knaben feststellten, und ihm sein Portemonnaie mit 4 Mk. Inhalt raubten. Im Besitz der Täufchenste befindet sich ein brauner Jackettanzug, den sie aus einer Wohnung in der Nähe des Neuen Theaters gestohlen haben wollten.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Dresden, 7. Mai. Die Elbe fällt! Diese Freudenmeldung, die im Laufe des gestrigen Nachmittags die Straßen unserer Stadt durchlief, erhellte die beflogten Mienen der durch das Hochwasser hart bedrängten Bewohner der der Elbe zunächst gelegenen Gassen und Straßen. Nach einem Höchststand von + 432 Centimeter am Dresdener Pegel macht sich — dank des Rückgangs der Gewässer in den hauptsächlichsten Zuflüssen, nicht zum mindesten aber dank eines starken, aller Feuchtigkeit feindlichen Nordwestwindes, der in der letzten Nacht durch ganz Mitteldutschland ging — ein allmäßliches, aber seitiges Sinken

Kleine Chronik.

Leipzig, 8. Mai.

Leipziger Modernes Theater. Der schwache Vergangenheitsroman, der sich als Übermench der Zukunft aufspielen will und dabei lästig Schiffsbruch leidet, weil ihm die extraumite Großthat, sobald sie geschehen ist, als Schuß entgegengenetzt — das ist der tragische Held der modernen Dichtung. Der Schwächling, der seiner That nicht gewachsen ist, der graue Theoretiker der Kraft, dem sein verwüstliches Ideal zu Boden drückt, der Unwirker aller Werte, der unter der Last der alten, von ihm verlorenen Moral zusammenbricht, der Aufsturzprediger, der die Kette der Vergangenheit hinter sich herzieht — das ist, in tausend wechselnden Farben schillernd, der Mensch der Gegenwart, in dem zwei Welten sich streiten. Kein Dichter der heutigen Tage, der die Tiefe des Lebens ergründet, kann adhös an ihm vorübergehen. Dostojewskijs Pastoralrom und Nebekant West in Ibsens Rosmersholm sind klassische Zeugen dafür.

Der Fluch der Vergangenheit ist das Lettmotiv der Ibsenschen Dramatik. In allen seinen Stücken fehlt es wieder, von den Gespenstern bis zu Klein-Epol. In Rosmersholm bedecken am Schluß die zerkrümerten Zukunftsideale das Schlachtfeld: Rosmer, der, schuldblos in Schuld verstrickt, statt andere zu Abelsmensch zu machen, nur sich selbst im Tode ablenkt kann, Ulrich Bremel, der seine Ideale im Grob erfaßt, bis sie sich ganz im Alkohol verflüchtigen, Peter Mortensgard, der „Gezeichnete“, den ein jugendlicher Fechttritt auf Schrift und Tritt im Kampf für seine Ideale hemmt — welches prächtige Trio für die tragische Bühne steht! Und mittendrin unter ihnen das starke Weib der Zukunft, das die Vergangenheit ganz abgestreift hat, das kann durch Schuld seinem Ziel entgegenstreben, das nicht blüht und nicht bereut

der Hochstut geltend, so daß die grösste und dringendste Gefahr für das Elbhthal besteht zu sein scheint.

Heute ist endlich der Prozeß gegen den hiesigen Rechtsanwalt Richard Schanz nach sechsläufiger Dauer zu Ende gegangen. Der Angeklagte ist zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Schanz, jetzt ein Mann von 66 Jahren, gehörte zu den beschäftigsten und angesehensten Dresdner Rechtsanwälten. Er hat eine Reihe Ehrenämter bekleidet und zwanzig Jahre dem Vorstande der Anwaltskammer, zum Teil als Vorsitzender, angehört. Er war auch ein eifriger und regelmäßiger Kirchgänger. Die Anklage war erhaben worden wegen mehrfacher Unterschlagung und Betrugs. Der Angeklagte, der aus seiner Praxis ein Einkommen von ca. 20.000 Mtl. hatte, war doch stets in Geldverlegenheit, so daß er vielfachen Pfändungen ausgesetzt war. Die Ursache dieser Verlegenheit ist in einer völlig unüberlegten, wilden Spekulationswut zu suchen, die den Angeklagten aus einem Wagnis ins andere, damit aber auch aus einer Verlegenheit in die andere trug. Schließlich ließ er sich verleiten, ihm anvertraute Gelder zu seinen Zwecken zu verausgaben und selbst ihm zur Bewahrung übergebene Schmucksachen im Leihhaus zu Geld zu machen. Schanz war ein ziemlich regelwidriger Gast in der Leihanstalt. Im Laufe der Untersuchung waren gegen den Angeklagten Zweifel an seiner geistigen Berechnungsfähigkeit aufgetaucht und er deshalb der Landesanstalt Sonnenstein zur Beobachtung überwiesen. Die Aerzte erklärten seinen Geisteszustand jedoch nicht für derart, daß daraus die juristische Verantwortungslosigkeit für seine Vergehen abgeleitet werden könnte. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Professor Dörr, hielt die Anklage in allen Punkten aufrecht und brandmarkt den Angeklagten in heftigen Angriffen als Heuchler, Mephisto, Schurken usw. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Thieme, weist in seinem Plädoyer die Angriffe des Staatsanwalts zurück und erklärt, der Angeklagte gehöre nicht vor den Strafrichter, sondern vor den Ehrenrat der Anwälte. Der Angeklagte selber hielt noch eine einstündige Verteidigungsrede, in der er sich sehr leidenschaftlich gegen das Gebahren des Staatsanwalts wendet. Das Vorgehen des öffentlichen Anklägers steht wohl einzüglich im Reiche da. Zur Sache selber bestreitet er den dolus mit aller Entschiedenheit und beantragt seine Freisprechung. Nach fünfstündiger Beratung wurde das oben gemeldete Urteil gefällt.

Soziale Rundschau.

Die Central-Arbeits- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, C. H. 3, in Hamburg, hatte im Geschäftsjahr 1895 eine Netto-Einnahme von 1637693,06 Mtl. und eine Netto-Ausgabe von 1377751,34 Mtl. Die Kasse hat demnach einen Überschuss von 259941,72 Mtl. erzielt. Mit dem vorhandenen Kapitalvermögen hatte die Kasse ein Gesamtvermögen von 1273230,21 Mtl. und ist somit eine der bestfundierten. Auch die von derselben Verwaltung (Hamburg, Wismarstr. 10) geführte Frauen-Sterbekasse, deren Mitgliederzahl etwa 6300 Mtl. beträgt, hat bei einer Netto-Einnahme von 21216,85 Mtl. und einer Ausgabe von 7099,34 Mtl. einen Überschuss von 14117,51 Mtl. erzielt und damit ein Gesamtvermögen von 88872,89 Mtl.

Von Nah und Fern.

Harburg. 6. Mai. Die für die streikenden Arbeiter in der Thüringischen Tafelfabrik eingestellten hamburgischen Arbeiter werden jeden Abend unter Aufsicht einer großen Anzahl von Gendarmen und Polizisten zum Hafenplatz geleitet. Dies seltsame Schauspiel lockt natürlich viele Neugierige an. Am Dienstagabend wäre es aus diesem Grunde beinahe zu einem ernsten Sturm gekommen; nur dem ruhigen Verhalten der Arbeiterschaft ist es zu danken, daß es nicht zu Blutvergießen kam, als die Polizei die Menschenmenge zu zerstreuen suchte. In den Strafeneten ist durch Plakat angekündigt, daß die Schloßstraße bis auf weiteres nachmittags von 5½—6½ Uhr für den Verkehr, auch denjenigen der Fußgänger, polizeilich gesperrt ist.

Gleiwitz. 6. Mai. In Gleiwitz scheint seit einigen Tagen zwischen Militär und Civil eine Art Kriegszustand zu herrschen, der wiederholt zu blutigen Ausschreitungen geführt hat. Die Breslauer Zeitung schreibt darüber: Auffällig ist es besonders, daß auch Frauen und Kinder vor den Angriffen der zornigen Soldaten nicht sicher waren. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Militärbehörde es sich angelebt sein lassen wird, den Frieden auch in Gleiwitz wieder herzustellen und eine genaue Untersuchung einzuleiten. — Die Gleiwitzer Volksstimme berichtet: Die blutigen Exzesse zwischen Civil und Militär, wie sie sich seit einer Reihe von Tagen am Krakauer Platz und auf der Nikolaistraße abgespielt haben, sind gestern abend durch eine verstärkte Patrouille, bestehend in einem Offizier, mehreren Unteroffizieren und gegen zehn Mann, verhütet worden, nachdem am Sonnabend abend noch solche Exzesse stattgefunden hatten. An dem genannten Abend sind sieben oder acht Personen durch Waffenfeuer verletzt worden. Die Verletzten hatten sich gestern vormittag zur Anzeige auf das Kommissariat begeben. Eine Frau aus Trynek wurde derart zu gerichtet, daß sie mittels Droschke nach Hause gebracht werden mußte. Ebenso trug ein hiesiger Tischlermeister viele gefährliche Hiebwunden am Gesicht und an den Armen davon. Der Katowicer Zeitung wird noch aus Gleiwitz mitgeteilt: Am Sonnabend wurde ein bejahrter Mann auf dem Krakauer Platz ohne jede Veranlassung von Infanteriesoldaten derart mishandelt, daß er, aus vielen großen Wunden blutend, zum Arzt geföhrt werden mußte. Ein 14-jähriger Knabe, der vor den Schaubuden stand, erhielt einen Hieb mit einem Seitengehänge auf den Kopf, so daß er eine lange klaffende Wunde davontrug. Wie das genannte Blatt noch mitteilt, waren von den exzidierten Infanteristen fast sämtliche Fenster der Personewagen der Schaubudenbesitzer zertrümmert worden. Selbst die Polizei soll von den Infanteristen in die Flucht geschlagen worden sein.

Letzte Nachrichten.

Von konservativer und freikonservativer Seite ist folgender Antrag im preußischen Abgeordnetenhaus eingebrochen worden: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, im Bundesrat dahn wirken zu wollen, daß die von denselben unter dem 4. März d. J. erlassenen Bestimmungen, betreffend den Betrieb von Böckereien und Konditoreien, nicht in Wirksamkeit treten.

Das Berliner Tageblatt verzeichnet aus Reichstagsskreisen die Vermutung, daß die erneute Warnung der Beamten vor der Agitation gegen die Durchführung der Regierungspolitik u. a. auch durch die Teilnahme hochgestellter politischer Beamten an

der Agitation gegen die obligatorische Civilehe veranlaßt sein könnte.

129. Sachsische Landeslotterie.

5. Klasse.

Ziehung vom 8. Mai.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 265 Mark (Ohne Gewinn.) gekennzeichnet. (Glaublich verboren.)

500000 auf Nr. 4469 bei Herren S. Lind in Eisenach u. Albert Mümler in Gera.

200000 auf Nr. 31579 bei Herrn Ernst Hüster in Leipzig.

5000 auf Nr. 40819 bei Herren Ernst Höhner in Dresden.

5000 auf Nr. 47261 bei Herren D. C. Melhardt in Weimar.

5000 auf Nr. 60160 bei Herren Ernst Schiedt in Kirchberg und Adolf Hänsel in Delitzsch im B.

5000 auf Nr. 72875 bei Herren Albert Mümler in Gera.

118 (500) 814 047 928 878 977 274 (800) 796 477 109 (1000)

914 308 (500) 648 176 983 650 716 1824 470 993 205 408 (800)

44 450 (8000) 674 (1000) 392 718 (800) 888 496 664 054 820

2184 (3000) 290 980 78 881 488 528 877 (800) 894 988 581 308

947 405 687 178 202 424 811 18 621 161 152 3152 182 890

855 460 197 882 348 (500) 970 (800) 17 879 484 77 819 616 40

183 585 544 4799 762 710 462 (500000) 240 896 67 284 946

406 89 219 504 360 618 468 256 14 749

5844 524 84 897 118 728 758 426 (1000) 780 800 604 784

868 65 671 301 884 466 441 844 266 80 862 601 6885 578 219

186 702 674 400 (1000) 825 842 808 44 887 611 218 871 780

176 127 462 751 7163 990 258 820 155 (500) 912 904 186 64

658 257 893 782 (3000) 125 406 896 86 (8000) 605 8805 844

733 390 146 923 288 474 868 907 888 800 (800) 598 247 148

640 234 (1000) 165 420 (800) 546 420 529 80 9709 686 858 452

210 580 647 72 556 754 418 508 (800) 288 224 (800) 14 287 54

593 152 (800) 884 968 980 286 252 189 (1000) 187 239

10278 2 211 (300) 77 800 415 998 806 812 (1000) 688 750

203 404 800 898 648 50 176 627 69 866 290 468 (500) 11886

567 878 897 (1000) 598 490 818 (1000) 747 881 960 (1000) 195

971 679 714 940 972 827 785 (800) 457 911 181 318 502 954

715 200 541 12025 695 895 157 576 738 481 560 888 528 552

43 196 765 (500) 13680 749 595 (8000) 787 820 878 178 501

148 575 211 708 916 219 349 846 492 982 488 (800) 14515

848 610 210 471 88 108 608 897 31 (800) 102 392 120 9 105

942 248

15238 88 698 975 792 580 470 910 405 667 177 16478 17

501 97 88 667 527 248 734 829 419 (300) 486 668 686 547 171

17715 582 627 688 815 (1000) 819 462 680 265 102 427 358 78

685 (1000) 119 18229 88 964 609 463 176 51 61 10 763 (800)

831 188 926 (1000) 833 166 879 358 19084 86 216 668 220

350 958 10 886 906 460 496 998 444 446 210 795 907 51 (1000)

29 825 988 714 248 704 (800)

20693 680 977 215 580 267 185 543 248 282 (300) 498 558

781 (800) 488 786 988 21059 578 552 986 (500) 782 272 860

787 926 (800) 116 197 406 984 568 284 888 874 (500) 472 153

978 460 (300) 454 22809 (800) 48 965 (800) 286 286 902 552

346 921 49 606 126 446 610 (8000) 507 580 888 479 661 58 14

812 23482 787 506 285 618 820 (500) 354 507 (800) 353 166

137 49 459 906 640 610 878 496 558 256 647 24288 (3000)

288 698 967 (8000) 418 914 376 (800) 300 841 740 470 100

558 315 524 215 286 870 127 925 322

25450 511 73 278 665 145 98 842 711 272 472 897 (800)

158 498 477 76 823 569 685 81 608 655 26845 206 399 90

515 823 645 783 189 911 (1000) 48 598 (500) 945 458 288 187

996 (800) 926 22 856 233 14 (800) 472 181 167 27074 96 87

826 (500) 419 501 416 426 877 (300) 856 666 280 61 148 (500)

559 945 676 (300) 278 497 (800) 28587 82 647 418 609 827

814 882 (8000) 888 988 (8000) 468 (600) 987 (800) 598 268

228 295 886 904 777 206 508 758 91 461 29053 (8000) 441

586 (800) 57 249 720 865 19 (800) 884 501 954 645 666 18

274 127 (500) 297 696 201, (500) 214 906 46 681

30039 847 361 406 451 158 (1000) 21 680 919 74 516 878

84 287 (300) 32 665 764 31194 418 780 728 913 581 844 894

